



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

REGIONALBÜRO ZENTRALEUROPA

WARSCHAU

BÜRO PRAG

POLITISCHER JAHRESBERICHT 2004/2005

Polen, Tschechien, Slowakei, Ukraine

Juli 2005

Regionalbüro Warschau

ul. Podwale 13, 00-252 Warszawa,
Polska

Tel: 0048 22 / 831 63 56

Fax: 0048 22 / 635 79 23

Hbs@boell.pl ; www.boell.pl

Büro Prag

Spálená 23,
CZ-110 00 Praha 1

Tel: 00420 251 814 173, 175

Fax: 00420 251 814 174

E-mail: info@boell.cz

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	4
2	Die Politische Situation in Polen, Tschechien und der Slowakei .	6
2.1	Polen	6
2.1.1	Innenpolitische Situation.....	6
2.1.2	Wirtschafts- und Sozialpolitik.....	7
2.1.3	Wahljahr 2005: Parlaments- und Präsidentschaftswahl.....	7
2.1.4	Entwicklungen bei den polnischen Grünen („ZIELONI 2004“)	9
2.1.5	Die deutsch-polnischen Beziehungen.....	10
2.1.6	Die polnisch-russischen Beziehungen.....	11
2.1.7	Die polnisch-ukrainischen Beziehungen.....	12
2.1.8	Die polnisch-weißrussischen Beziehungen.....	12
2.1.9	Homosexuelle in Polen: "Tage der Gleichberechtigung" ...	13
2.1.10	Umwelt- und Energiepolitik.....	14
2.2	Tschechien	15
2.2.1	Regierungskrise.....	15
2.2.2	Senatswahlen und Kommunalwahlen.....	17
2.2.3	Stellungnahmen des Präsidenten Václav Klaus.....	17
2.2.4	Wirtschafts- und Sozialpolitik.....	18
2.2.5	Sechzigster Jahrestag des Endes des 2. Weltkriegs.....	18
2.2.6	Die deutsch-tschechischen Beziehungen.....	18
2.2.7	Die tschechisch-ukrainischen Beziehungen.....	19
2.2.8	Die tschechisch-weißrussischen Beziehungen.....	20
2.2.9	Kioto-Protokoll und Emissionshandel.....	20
2.2.10	Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energiequellen.....	21
2.2.11	Atomenergie.....	21
2.2.12	Ökologische Landwirtschaft.....	22
2.3	Slowakei	22
2.3.1	Instabile Regierungskoalition.....	22
2.3.2	Wirtschafts- und Sozialpolitik: Die Kehrseite des Reformeifers	23
2.3.3	Die tschechisch-slowakischen und deutsch-slowakischen Beziehungen	23
2.3.4	Die slowakisch-ukrainischen und slowakisch-weißrussischen Beziehungen	24
2.3.5	Kioto-Protokoll, Emissionshandel und erneuerbare Energien	24
2.3.6	Atomenergie.....	25
2.3.7	Ökologische Landwirtschaft.....	26
2.4	Ukraine	26
2.4.1	Präsidentenwahl in der Ukraine und die "Orangene Revolution"	26
2.4.2	Die ersten Schritte des Präsidenten und der neuen Regierung	27
2.4.3	Neuorientierung der Außenpolitik der Ukraine.....	28
2.4.4	Unterstützung für die Regierungspläne auf parteipolitischer Ebene	29
2.4.5	Die ukrainischen "Grünen"	30
2.4.6	Innere Spaltung: Ost- und Westukraine.....	31
2.4.7	Wirtschafts- und Sozialpolitik.....	32
2.4.8	Umwelt- und Energiepolitik.....	32
2.4.9	Atomenergie.....	33
3	Europäische Union und Europa	35
3.1	Ein Jahr nach der EU-Erweiterung	35
3.2	EU-Verfassung	36
3.2.1	Polen.....	37

3.2.2	Tschechien	38
3.2.3	Slowakei	39
3.3	GASP und Europäische Nachbarschaftspolitik	40
3.3.1	Polen	41
3.3.2	Tschechien	42
3.3.3	Slowakei	42
4	Situation der Frauen in den Mitteleuropäischen Ländern	42
4.1	Frauen nach dem EU-Beitritt - Verbesserung der Situation? .	42
4.1.1	Polen	43
4.1.2	Tschechien	44
4.1.3	Slowakei	45
4.2	Frauen der MOE- Beitrittsstaaten und die EP-Wahl	45
4.3	Frauen-Nichtregierungsorganisationen (NROs) in der Region .	46
5	Minderheiten	47
5.1	Die Situation der Roma	47
5.1.1	Schulwesen	48
5.1.2	Auswirkungen von Sozialreformen auf die Roma-Minderheit	48
5.1.3	Decade of Roma-Inclusion	48
5.1.4	Resolution des Europäischen Parlaments	49
5.1.5	Umgang mit Vergangenheit: Völkermord an den Sinti und Roma	49
6	Ländliche Entwicklung in Polen im Kontext der EU-Agrarpolitik .	49
7	Ausblick	53

1 Einleitung und Zusammenfassung

Ein gutes Jahr nach dem Beitritt zur Europäischen Union ziehen die mitteleuropäischen Länder eine vorwiegend positive Bilanz. Während die schwache Beteiligung bei den Europawahlen, insbesondere in Polen (20,9 Prozent) und Tschechien (17 Prozent) noch Ängste und Desinteresse in den Gesellschaften der neuen Mitgliedsstaaten reflektierte, belegen die Umfragen ein Jahr nach dem Beitritt, dass sich ihre Bürger der EU durchaus verbunden fühlen. Das liegt vor allem daran, dass die von EU-Skeptikern prophezeiten Negativszenarien nicht eingetroffen sind. Ebenfalls profitieren die Landwirte der mitteleuropäischen Staaten von den Direktzahlungen.

Darüber hinaus hat insbesondere Polen begonnen, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU als Instrument zu sehen, das bei der Durchsetzung außenpolitischer Interessen effektiver sein kann als bilaterale Ansätze. Die Dynamik im Zusammenhang mit der „oranigen Revolution“ in der Ukraine, die von Polen stark beeinflusst wurde, verdeutlicht dies. Auch Tschechien und die Slowakei, wenn auch nicht so pro-aktiv, unterstützten die „Orangene Revolution“ und setzen sich in der EU für eine Beitrittsperspektive des EU-Nachbarn ein.

Dennoch haben die gescheiterten EU-Verfassungsreferenden in Frankreich und Holland der guten Stimmung einen Dämpfer versetzt und können einen Stimmungsumbruch verursachen.

Auch von Regierungsseite könnte sich die EU freundliche Tendenz bald ändern. Nach den in Kürze anstehenden Parlamentswahlen in Polen (Herbst 2005) und in Tschechien (2006) kommen voraussichtlich EU skeptische bis feindliche Parteien an die Macht.

Mit dem Sieg der „oranigen Revolution“ hat sich die Ukraine für eine „westorientierte“ Anbindung an die euroatlantischen Strukturen und die Durchführung von grundlegenden innenpolitischen Reformen entschieden. Die Umsetzung der Pläne wird derzeit durch die notwendige Stimmenmehrheit auf der parlamentarischen Ebene und von großen Teilen der Gesellschaft unterstützt. Dennoch spiegeln die Wahlergebnisse, auch aktuell, die geschichtlich bedingte „Zweiteilung“ des Landes in Ost- und Westukraine wider. Im außenpolitischen Bereich strebt die Ukraine den Beitritt zur EU an und fordert die Eröffnung einer klaren Beitrittsperspektive. Das ukrainische Anliegen unterstützen auf EU-Ebene mitteleuropäische Länder, insbesondere Polen.

Dies verursachte Spannungen zwischen den MOE -Ländern und ihren östlichen Nachbarn: Belarus und Russland. In Weißrussland stehen im nächsten Jahr Wahlen an und hier befürchtet der Präsident Lukaschenko eine Wiederholung der „oranigen Revolution“, die seinem Regime das Ende bereiten könnte. Die mutmaßlichen „Oppositions-Unterstützer“, insbesondere polnische Diplomaten oder MitarbeiterInnen des Bundes der Polnischen Minderheit, werden schikaniert oder ausgewiesen. Eine Reihe von Affronts, die Polen in Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum sechzigsten Jahrestag des

Kriegsendes in Moskau von russischer Seite hinnehmen musste, werden als Retourkutsche für das Engagement Polens für die „orangene Revolution“ verstanden.

Infolge der Problematik einer nachhaltigen Energieversorgung und steigenden Energienachfrage, aber auch im Zusammenhang mit der im Kyoto - Protokoll festgelegten Reduzierungen der Treibhausgasemissionen, wurden in einigen Ländern die Weichen für den Einsatz der Atomenergie als einer „sauberen Alternative“ für die Energiegewinnung, gestellt. Die Ukraine, Tschechien und die Slowakei bauen die vorhandenen Kernkraftressourcen aus. Auch Polen hat bereits im Rahmen der „Energiepolitischen Strategie 2025“ den Bau des ersten Atomkraftwerkes beschlossen. Kurz vor dem zwanzigsten Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe werden die Sicherheitsrisiken der Atomenergie, mit dem Verweis auf die Entwicklung der technischen Sicherheitsvorkehrungen, abgetan.

Seit der EU-Erweiterung ist die Roma - Minderheit die größte ethnische Minderheit in der Union. Zugleich begegnen die Roma - Gemeinschaften europaweit den meisten Vorurteilen. Im April 2005 verabschiedete das Europäische Parlament die "Entschließung zur Lage der Roma in der Europäischen Union", in der sie alle Mitgliedstaaten auffordert, Initiativen zur Stärkung der Teilnahme der Roma - Gemeinschaften am öffentlichen Leben zu initiieren. 2005 starteten neun mittel- und osteuropäischer Länder die erste internationale Initiative, „Decade of Roma-Inclusion“, die die Situation der Roma in Europa verbessern will.

Der Erweiterungsprozess beeinflusste die Situation der Frauen der mitteleuropäischen Länder, im Bereich der Gesetzgebung, positiv. Im Laufe der Beitrittsverhandlungen wurden hier die nationalen Gesetze, insbesondere im Bereich Arbeit und Soziales, den EU-Normen angepasst. Dennoch wird die Implementierung der Gesetzgebung zurecht als problematisch angesehen. Nach der Erweiterung ist das Interesse der Frauen-NGOs aus den „alten“ und „neuen“ EU -Ländern größer, dennoch müssen die Aktivitätsebenen konkretisiert werden. Die Verlagerung finanzieller Mittel der Geber (meist große Stiftungen) in weiter östlich gelegene Länder stellt die NROs in Mitteleuropa vor finanzielle Probleme.

Nach dem Beitritt Polens an die EU bieten die Finanztransfers in die Landwirtschaft, aber auch in den ländlichen Raum, eine Chance für die Entwicklung der wirtschaftlich schwachen Regionen. Hier betrachtete das polnische Landwirtschaftsministerium die Auszahlung der Mittel für die Direktbeihilfen prioritär und stockte den Fond für Direktbeihilfen auf Kosten der Mittel, die eigentlich für die Entwicklung des ländlichen Raumes beschlossen wurden, auf. In diesem Zusammenhang ist zu befürchten, dass mangels innovativer Konzepte zur Entwicklungsrichtung des ländlichen Raumes, die Mittel für nicht nachhaltige Maßnahmen ausgegeben werden. Mittelfristig werden sie zu Lasten der natürlichen Umwelt, der existenten Traditionen und der lokalen Gemeinschaften gehen.

2 Die Politische Situation in Polen, Tschechien, Slowakei und Ukraine

2.1 Polen

2.1.1 Innenpolitische Situation

Nach dem Rücktritt des von Korruptionsvorwürfen, insbesondere im Zusammenhang mit der so genannten "Rywin-Affäre" schwer belasteten Ministerpräsidenten Leszek Miller (2. Mai 2004), stand Polen, knappe anderthalb Jahre vor dem regulären Ende der laufenden Legislaturperiode (vorgesehen für September 2005), vor der Perspektive vorgezogener Parlamentswahlen. Trotz der Haltung aller oppositionellen Parteien, die zum damaligen Zeitpunkt die Neuwahlen forderten, wurde der vom Präsidenten Kwasniewski ernannte Kandidat, Marek Belka (Wirtschaftsexperte, bis Juli 2002 erster Finanzminister in der Regierung Millers und danach Chef des internationalen Koordinationsrats im Irak) in der zweiten Parlamentsabstimmung (am 25. Juni 2004) im Amt des Regierungschefs vorläufig bestätigt. Gleichzeitig legte das Parlament für Oktober 2004 eine Vertrauensabstimmung über die Belka - Regierung fest. Der neue Ministerpräsident kündigte schon bei seinem Amtsantritt die Übernahme der Regierungsgeschäfte für nur maximal ein Jahr an, um im Frühjahr 2005 den Weg für Neuwahlen freizumachen.

Marek Belka trat als überparteilicher, technokratischer Regierungschef an und bezeichnete sich selbst als „Kontraktpolitiker“ und eine Art "Söldner" ohne weitergehende politische Ambitionen; einer, der lediglich antrete, um die aktuell anstehenden und für das Funktionieren des Staates notwendigen Schritte durchzuführen. Diese bestanden vor allem in der Sanierung der Staatsfinanzen durch den nach seinem Autor benannten Hausner-Plan¹ sowie die Reform des Gesundheitswesens. Er besetzte sein Kabinett nicht nur mit den PolitikerInnen der regierenden Parteien, der Demokratischen Linksallianz (SLD) und der Arbeitsunion (UP), sondern auch mit parteiunabhängigen Fachleuten. Die Vorsitzende der UP, Izabela Jaruga-Nowacka (bis dahin die Gleichstellungsbeauftragte der Regierung) übernahm das Amt der Vize- Ministerpräsidentin.

Als Chef der Minderheitsregierung war Belka bei jeder Parlamentsabstimmung gezwungen, entsprechende Mehrheiten im Sejm zu suchen. Hier konnte er sich nur bedingt auf die Unterstützung der kurz vor dem Regierungswechsel (im März 2004) von der SLD abgespaltenen Sozialdemokratischen Partei Polens (SDPL) verlassen. Daher musste er von Abstimmung zu Abstimmung auch um die „Gunst“ der unabhängigen sowie der Abgeordneten aus dem rechten Flügel der Opposition werben. In dieser Situation war die Regierung kaum in der Lage, selbst die pragmatischen Reformschritte durchzuführen: die Reform des Gesundheitswesens scheiterte an der Parlamentsabstimmung, der Hausner-Plan konnte nur partiell umgesetzt werden.

Die wackelige Position der „Übergangsregierung“ bot zwischen Juni 2004 und Juni 2005 ein weites Feld für Spekulationen über die vorgezogenen Parlamentswahlen. Hier waren insbesondere zwei Termine im Gespräch: Herbst 2004 (nach der für Oktober festgelegten Vertrauensabstimmung) und Frühling 2005 (nach dem vom Ministerpräsidenten Belka beim Amtsantritt angekündigten Rücktritt). Die Regierung konnte während der Oktoberabstimmung (2004) die Vertrauensfrage jedoch für sich entscheiden; der von Belka Anfang Mai 2005 gestellte Antrag auf die Selbstauflösung des Parlaments

¹ Jerzy Hausner war ehemals polnischer Finanzminister

fand im Sejm keine Mehrheit. Der am folgenden Tag eingereichte Rücktrittsgesuch der Regierung wurde von Staatspräsident Aleksander Kwasniewski abgelehnt. Somit stand Anfang Mai 2005 fest, dass Belka bis zum Ende der Legislaturperiode als Ministerpräsident im Amt bleiben würde. Die Parlamentswahlen werden zum regulären Termin am 25. September abgehalten, zwei Wochen vor den auch 2005 anstehenden Präsidentschaftswahlen am 9. Oktober.

2.1.2 Wirtschafts- und Sozialpolitik

Trotz der innenpolitisch instabilen Situation befindet sich die polnische Wirtschaft Mitte 2005 im Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist 2004 um 5,4% gestiegen. Für das Jahr 2005 wird ein Wachstum von 5% prognostiziert. Die Inflationsrate fiel 2004 mit 3,5% höher aus als in den Jahren zuvor. Ursache hierfür waren sowohl das hohe Wirtschaftswachstum, als auch die durch den EU-Beitritt bedingten Preissteigerungen vor allem bei Lebensmitteln. Für 2005 erwartet die polnische Nationalbank eine Inflationsrate von 2,5%.

Schwieriger sieht die Lage der öffentlichen Haushalte aus: das Budgetdefizit hat sich seit vier Jahren bei rund 5% des BIP eingependelt. Somit nähert sich die Verschuldung des Staates der von der Verfassung festgesetzten Obergrenze von 60% des BIP. Seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte versucht Ministerpräsident Belka die Staatsausgaben mit Haushaltsstrukturen (Hausner-Plan) zu stabilisieren, dennoch konnte er, als Chef der Minderheitsregierung „auf Abruf“ und damit bei dem Reformvorhaben auf die Stimmen der Opposition angewiesen, den ambitionierten Plan zur Senkung der Staatsausgaben nur bedingt umsetzen.

Die seit vier Jahren konstant hohe Arbeitslosigkeit stellt ebenfalls ein großes Problem dar. Nach dem EU-Beitritt sank sie zwar um 1-2% als Folge der Zunahme ausländischer Investitionen, größerer Emigrationsströme vor allem nach Großbritannien (das von der siebenjährigen Schutzklausel im Beitrittsvertrag im Unterschied zu Deutschland keinen Gebrauch macht) und einer höheren Beschäftigungsquote in der Landwirtschaft (bedingt durch die breite Streuung der Agrarbeihilfen auch auf Subsistenzbetriebe, deren Produktion damit rentabler wurde). Dennoch bleibt Polen mit einer Arbeitslosenquote von zuletzt rund 18% (Juni 2005) an der EU-Spitze. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt mit rund 40% sogar noch höher.

2.1.3 Wahljahr 2005: Parlaments- und Präsidentschaftswahl

Kurz vor den „doppelten“ Wahlen ist das linke Parteispektrum in Polen am Zerbröckeln. Die noch regierende Demokratische Linksallianz (SLD), die nach den letzten Parlamentswahlen (September 2001) mit einem Ergebnis in Höhe von 41% die stärkste linke politische Kraft und die stärkste Partei in Polen insgesamt darstellte, erreichte zum Ende der Regierung von Ministerpräsident Miller mit ca. 9% Zustimmung ihre seit 1989 historischen Tiefstwerte. Der Einbruch bei den Umfragen, die Korruptionsvorwürfe und die zahlreichen Ermittlungsverfahren gegen die führenden SLD-Politiker im Zusammenhang mit der Rywin-Affäre haben im März 2004 zur Spaltung des Bündnisses und zur Gründung einer neuen Linkspartei, der "Sozialdemokratie Polens" (SDPL) unter dem früheren Parlamentspräsidenten Marek Borowski geführt. Die Zustimmungswerte für beide Parteien bewegten sich in der ersten Jahreshälfte jeweils um die für den Einzug ins Parlament notwendige 5-Prozent-Hürde.

Gemeinsames Antreten bei den Parlamentswahlen lehnen beide Parteien entschieden ab. Die SLD wird die Wahlen im Alleingang bestreiten, die SDPL schloss bereits Ende März 2005 ein Abkommen über das gemeinsame Zusammenstellen der Wahllisten mit zwei kleineren linken Parteien, der „Arbeitsunion“ (UP) und den im September 2003 gegründeten polnischen „Grünen 2004“ (siehe unten).

Gegen Ende des vergangenen Jahres startete die UP, die derzeit „kleiner“ Koalitionspartner in der aktuellen Regierung ist, einen Versuch zur „Erneuerung der polnischen linken Bewegung“. Die Debatte über den Stand der polnischen Linken sollte unterschiedliche Parteien (die im Parlament vertretene SDPL und UP, aber auch kleine linke „Splitterparteien“, die unter 1 Prozent der Zustimmung liegen) sowie bestimmte Gruppierungen (VertreterInnen von NROs) vereinen und zur Gründung einer gemeinsamen Wahlinitiative führen. Das Vorhaben war jedoch hauptsächlich im Parteivorstand verankert und wurde von der Parteibasis abgelehnt. Infolge dessen verließen einige führende Parteimitglieder (unter anderem die Parteivorsitzende und die Vize-Ministerpräsidentin der gegenwärtigen Regierung, Izabela Jaruga-Nowacka) die UP und gründete mit kleinen Parteien und Gruppierungen des linken außerparlamentarischen Spektrums eine neue Partei, die Union der Linken (UL). Diese Partei wird bei den kommenden Parlamentswahlen antreten, allerdings voraussichtlich an der 5-Prozent-Hürde scheitern.

Die grundsätzliche Änderung der politischen Machtverhältnisse nach den Parlamentswahlen im kommenden September steht seit über einem Jahr fest: Laut Umfragen erreichen spätestens seit den EP-Wahlen die zur Zeit oppositionellen Parteien des rechten Flügels, die Bürgerplattform (PO) und die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PIS) kontinuierlich die höchste Zustimmung der WählerInnen, zuletzt in Höhe von 21% bzw. 27% (Juli 2005). Voraussichtlich werden PO und PIS gemeinsam eine Regierungskoalition bilden; ungewiss bleibt, welche der Parteien die Wahlsiegerin wird und somit den künftigen Ministerpräsidenten stellen wird. Unsicher ist auch, ob die Summe der Stimmen beider Parteien zur Bildung einer stabilen Regierung ausreicht.

Die potenzielle Regierungskoalition zwischen PO und PIS kann sich insbesondere im außenpolitischen Bereich als schwierig erweisen: Während die PO (trotz einer partiellen EU-skeptischen Haltung) die Vertiefung der europäischen Integration, und in den deutsch - polnischen Beziehungen ein „neues Partnerschaftsmodell“ anstrebt, nimmt die konservativ-nationale Partei PIS hierzu eine entschieden ablehnende Position ein.

Schwierig wird auch die eventuelle Suche nach einer weiteren Partnerin für die Regierungskoalition. Laut der Ergebnisse aktueller Umfragen schaffen lediglich die populistischen Parteien den Einzug in das künftige Parlament sicher: Die rechts-konservative „Liga der Polnischen Familien“ (LPR) mit 9 Prozent und die linke, populistische Bauernpartei „Selbstverteidigung“ (Samoobrona) mit 14 Prozent. Die gemäßigte Bauernpartei (PSL), die gegenwärtig bei 3 Prozent der Zustimmung liegt, könnte an der 5 Prozent-Hürde scheitern.

Das Kopf an Kopf Rennen der PO und der PIS bedeutet eine eindeutige Verschiebung der PO im parteipolitischen Spektrum nach rechts. Unter dem Druck der konservativ-nationalen PIS entwickelte sich die ursprünglich liberale Bürgerplattform stärker in eine populistische Richtung und machte damit Platz für eine linksliberale Partei zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien (SLD und SDPL) auf

der einen, und PO und PIS auf der anderen Seite: Die Lücke füllt nun die im April 2005 gegründete "Demokratische Partei" (PD). Sie vereint den linksliberalen Flügel der früheren Freiheitsunion (UW) unter Wladyslaw Frasnyniuk sowie bestimmte von Korruptionsvorwürfen und Regierungsbeteiligung unter dem ehemaligen Premierminister Miller unbelastete Linkspolitiker. Die neue Partei begreift sich zunächst als eine parteipolitische Brücke zwischen der antikommunistischen Opposition der Solidarnosc-Bewegung und den reformorientierten Linken. Zu den Hauptinitiatoren der Parteigründung gehören u.a. Tadeusz Mazowiecki (erster nichtkommunistischer Ministerpräsident Polens nach 1989) sowie Jerzy Hausner, bis vor kurzem Wirtschaftsminister und Vizepremier der aktuellen Regierung, der zur großen Empörung der ehemaligen ParteikollegInnen die SLD bereits verlassen hat. Zu den Mitgliedern der neuen Partei zählen namhafte Politiker, die das politische Leben in Polen nach 1989 maßgeblich bestimm(t)en, u.a.: Bronislaw Geremek, ehemals polnischer Außenminister, Janusz Onyszkiewicz, ehemals Verteidigungsminister und heute Vizepräsident des Europäischen Parlamentes. Hinsichtlich der Wählerstimmen ist die Demokratische Partei vor allem für die PO eine Konkurrenz: In Umfragen verlor die PO kurz nach der Gründung der PD einige Prozentpunkte, um die die PD gleichzeitig zulegen konnte. Bei Meinungsumfragen liegt die Zustimmung für die neu gegründete Partei inzwischen (Juli 2005) jedoch nur noch bei etwa 2%.

Parallel zu den Vorbereitungen auf die Parlamentswahlen wurden im Laufe der ersten Jahreshälfte 2005 die Präsidentschaftskandidaten der Parteien vorgestellt. Bis vor kurzem galten der von der PIS aufgestellte Lech Kaczynski (zurzeit der amtierende Bürgermeister in Warschau) und der unabhängige Zbigniew Religa, einer der besten polnischen Herzchirurgen, mit Umfrageergebnissen um die 20 Prozent als Wahlfavoriten. Den weiteren Kandidaten, Donald Tusk (PO), Andrzej Lepper (Samoobrona), Marek Borowski (SDPL) sowie Henryka Bochniarz, der einzigen weiblichen Kandidatin der neu gegründeten PD, räumt man kaum Chancen ein.

Erst vor kurzem stellte die SLD als ihren Präsidentschaftskandidaten den (formell parteilosen) ehemaligen Außenminister, Wlodzimierz Cimoszewicz, vor. Zurzeit gilt er mit 35% Zustimmung (Juli 2005) als Favorit.

2.1.4 Entwicklungen bei den polnischen Grünen („ZIELONI 2004“)

Die erst im September 2003 gegründete und im Februar 2004 offiziell als Partei angemeldeten „Zieloni 2004“ (Die Grünen 2004) wurden im Mai 2005 als volles Mitglied in die Europäische Grüne Partei aufgenommen. Sie setzten sich damit gegen die „Bürgerkoalition der Grünen“ (OKZ) durch, eine weitere Grüne Gruppierung, die sich wegen inhaltlicher Differenzen von den „Grünen 2004“ distanziert hatte. Die Entscheidung zugunsten der ca. 300 Mitglieder zählenden „Grünen 2004“ reflektiert die Anerkennung ihrer parteiinternen demokratischen Strukturen, und ihr großes Engagement, trotz geringer finanzieller Mittel bei den Sejmwahlen im Herbst 2005 anzutreten. Aufgrund schwieriger Eingangsvoraussetzungen war die Teilnahme an den Europawahlen 2004 nur in drei von 16 Wahlbezirken möglich

geworden²; Am Ende repräsentierten die gewonnenen Stimmen aus diesen Bezirken ein Ergebnis in Höhe von 0,27%.

Für die Teilnahme an den Sejmwahlen am 25. September 2005 sind 105.000 Unterschriften erforderlich, davon mindestens 5000 aus jeweils 21 der 41 Wahlbezirke. Als Folge dieser Schwierigkeiten sieht die Strategie der „Grünen 2004“ nun die Kooperation mit anderen Parteien vor. Dies könnte zwar einerseits einen Identitätsverlust mit sich bringen, stellt andererseits aber die Chance auf Medienaufmerksamkeit bei erfolgreichem Abschneiden in Aussicht: Am 31. Mai 2005 unterzeichneten die „Grünen 2004“ eine gemeinsame Erklärung mit den Sozialdemokraten Polens (SDPL) und der Unia Pracy (Arbeitsunion, UP), die eine gemeinsame Beteiligung bei den Sejmwahlen festschreibt. Es handelt sich formell zwar um keine Koalition (da die Sperrklausel für den Einzug ins Parlament dann 8% statt 5% betragen würde), die Vereinbarung sieht jedoch vor, dass bestimmte, z.T. aussichtsreiche Plätze auf der gemeinsamen Liste von Grünen bzw. UP-Kandidaten besetzt werden: Die „Grünen 2004“ erhalten in zwei Wahlbezirken die Position 1, in allen anderen den 2. oder letzten Listenplatz. Die Listen werden allerdings von der SDPL bereitgestellt, so dass staatliche Wahlkampfkostenerstattung (beim Erreichen von mindestens 3% der Stimmen) offiziell nur an die SDPL fließen würden. Eine interne Vereinbarung sieht jedoch vor, dass die „Grünen 2004“ anteilig – da sie für ein besseres Wahlergebnis sorgen werden – davon profitieren. Dadurch würde für die „Zieloni 2004“ eine bessere Ausgangssituation für die lokalen Wahlen in Polen im Frühjahr 2006 geschaffen werden.

2.1.5 Die deutsch-polnischen Beziehungen

Im August 2004 verabschiedete der polnische Sejm (gegen den Willen der Regierung) eine Resolution, die die polnische Regierung zu Reparationsverhandlungen mit Deutschland aufforderte. Damit sollte ein Gegengewicht zu Forderungen deutscher Vertriebener (um die "Preußische Treuhand") nach Entschädigung für Vertreibungen 1945/46 geschaffen werden. Die Regierung hat die Resolution weitgehend ignoriert. Eine Expertenkommission, die von Bundeskanzler Schröder und Ministerpräsident Belka einberufen wurde, hat beide Forderungen (sowohl die privatrechtlichen Vertriebenenansprüche als auch die völkerrechtlichen Reparationsforderungen) für obsolet erklärt. Daraufhin beruhigte sich die öffentliche Debatte in Polen wieder. Dennoch ist im Sejm immer noch eine Resolution in Arbeit, durch die der Verzicht auf Reparationen gegenüber Deutschland (1953 unter der Regierung Bierut beschlossen) für nichtig erklärt werden soll. Hierzu argumentieren die Autoren der Resolution, dass Polen damals nicht souverän und bei der Verzichtserklärung dem Druck der Sowjetunion unterlegen gewesen sei.

Auch die polnischen Proteste gegen das vom "Bund der Vertriebenen" in Berlin geplante "Zentrum gegen Vertreibungen" (in Polen häufig als "Vertriebenenzentrum" oder "Vertreibungszentrum" bezeichnet) sind stiller geworden, seit klar ist, dass es nicht mehr von der Regierung unterstützt wird. Nach wie vor wird besonders in den Medien und in intellektuellen Kreisen die deutsche Debatte über Krieg

² Für eine landesweite Beteiligung in allen 16 Wahlbezirken wären insgesamt 70.000 Unterschriften, davon jeweils 10.000 aus mindestens 7 Wahlbezirken, nötig gewesen. Die Grünen 2004 kamen zwar auf mehr als 70.000 Unterschriften, konnten jedoch nur in drei Wahlkreisen die erforderlichen 10.000 nachweisen.

und Vertreibung mit Sorge beobachtet, besonders hinsichtlich der Empathie, die dabei deutschen Opfern zuteil wird. Dies wird in der Regel als Paradigmenwechsel in der deutschen Vergangenheitsdebatte angesehen, demzufolge man in Deutschland nun nicht mehr der Täterrolle der deutschen Nation, sondern deren Opferstatus mehr Aufmerksamkeit zuwendet - um auf diese Weise einer stärker an Interessen und weniger an Werten orientierten Außenpolitik eine Unterfütterung zu geben. Bezeichnend ist dabei, dass die in Polen vorherrschende nationale Sichtweise auf Geschichte projiziert wird auf die deutsche, sehr viel stärker auf Individuen und Gruppen konzentrierte Debatte. Besonders deutlich wird dies bei der Auseinandersetzung um die Vertriebenen, die in Deutschland in erster Linie als Vertreter von Gruppeninteressen auftreten oder als Interessenvertreter einer einzelnen Gruppe wahrgenommen werden. In der polnischen Debatte und Perzeption hingegen sind sie Vertreter deutscher, gesamtnationaler Interessen. So bezeichnete der stellvertretende Außenminister Jan Trzuszczński in der Sejmdebatte über die Reparationsforderungen die "Preußische Treuhand" ("Pruskie Powiernictwo") als "Staatliche Preußische Treuhand" ("Pruskie Powiernictwo Państwowe"). Daraus folgt, dass das Medieninteresse an Vertriebenenentreffen (besonders von Landsmannschaften, deren Bezugsgebiete heute in Polen liegen) in Polen deutlich größer ist als in Deutschland selbst.

2.1.6 Die polnisch -russischen Beziehungen

Die polnische Haltung zur Ukraine hat zu einer deutlichen Abkühlung im polnisch-russischen Verhältnis geführt. Dies wurde besonders bei der Auseinandersetzung zwischen dem polnischen und russischen Außenministerium um die Bedeutung der Konferenz von Jalta deutlich. Die Konferenz wird von Polen als "Verrat der Westmächte" und als jenes Ereignis angesehen,, das Polens Unterordnung unter sowjetische Herrschaft besiegelte, während es nach den Worten eines Sprechers des russischen Außenministeriums, "die Demokratie in Osteuropa garantierte". Die Frage, ob Präsident Kwaśniewski angesichts solcher Divergenzen an den Feiern zum 9. Mai in Moskau teilnehmen sollte, führte in Polen zu einer wochenlange Debatte.

Weitere Verstimmungen verursachten die Siegesfeierlichkeiten in Moskau, an denen Präsident Kwasniewski trotz massiver Proteste im eigenen Land teilnahm. Die Rede des russischen Präsidenten, in der Putin die polnische Beteiligung am Krieg übergang während er neben den Verdiensten der Alliierten (USA, Frankreich, England) den Beitrag der deutschen und italienischen Widerstandskämpfer würdigte, sorgten weiter für Empörung. Als Affront wurde auch die Teilnahme General Jaruzelskis empfunden, und besonders die Würdigung seiner Verdienste für die Befreiung Polens mit einer Medaille.

Die Kommentare zu den Feierlichkeiten reichten von "peinlich und demütigend" (Donald Tusk, Vorsitzender der PO), über "schockierend" und "unwahr" (Tadeusz Mazowiecki, erster nicht-kommunistischer Ministerpräsident Polens nach 1989), bis zu "demütigend und geringschätzig für Polen" (Lech Kaczyński, Vorsitzender von PIS). Die scharfe Kritik von politischer Ebene, insbesondere aus dem rechten Parteispektrum, wurde von der Mehrheit der polnischen Bevölkerung geteilt.

Dennoch bewerteten einige Politiker (vorwiegend des linken Parteispektrums), u.a. Marek Borowski (Vorsitzender der SDPL), Marek Belka (der amtierende Ministerpräsident), Adam Rotfeld (amtierender

Außenminister) sowie einige polnische Experten und Kommentatoren die Teilnahme Kwasniewskis an den Feierlichkeiten in Moskau im Kontext der "frischen" EU-Mitgliedschaft Polens als nützlich und ausgewogen. Mit seiner Anwesenheit am Roten Platz habe Kwasniewski bewiesen, dass Polen ein verantwortungsvoller und berechenbarer Partner in der Gestaltung der Beziehungen zwischen der EU und Russland sowie der polnischen Außenpolitik sei, und trotz der historisch bedingten Belastungen der bilateralen Beziehungen nicht "russophob" sei.

Das Nichteinladen Kwasniewskis zur 750-Jahr-Feier nach Kaliningrad bewirkte weitere Irritationen und wurde in Polen als Retourkutsche für das polnische Engagement bei der "Orangenen Revolution" angesehen.

Die bilateralen Spannungen zwischen Warschau und Moskau sind jedoch nicht nur in historischer Symbolik begründet. Polen versucht seit Jahren, seine Abhängigkeit von russischen Rohstoffen zu vermindern und setzt sich dafür ein, den Transit dieser Rohstoffe über ukrainisches und polnisches Territorium zu leiten. Die meisten westeuropäischen Staaten sehen dagegen in einer Ausweitung russischer Rohstoffimporte eine Möglichkeit, ihre Abhängigkeit von instabilen Weltregionen (Naher Osten, Venezuela) zu vermindern. Die deutsch-russischen Pläne für den Bau einer Pipeline durch die Ostsee offenbaren so einen Interessenkonflikt nicht nur zwischen Deutschland/Russland und Polen, sondern auch zwischen ehemaligen Ostblock-Staaten und Westeuropa insgesamt.

2.1.7 Die polnisch-ukrainischen Beziehungen

Auf zwischenstaatlicher Ebene hat insbesondere die "Orangene Revolution" zu einer pro-ukrainischen Welle in der polnischen Gesellschaft geführt. Ob dies auch umgekehrt der Fall war, oder entsprechende Behauptungen polnischer Medien und Politiker eher als Projektion eigener Vorstellung zu sehen sind, ist schwer zu beurteilen. Generell ist dies aber auch weniger wichtig, da die negativen Vorurteile gegen Polen in der Ukraine regional auf die westlichen Regionen begrenzt waren. Auf jeden Fall hat die polnische Unterstützung für die Demokratiebewegung in der Ukraine zu einer deutlichen Entspannung zwischen beiden Ländern geführt und die Lösung eines bilateralen Problems ermöglicht, das seit über 10 Jahren Anlass für Konflikt lieferte: Die Eröffnung des polnischen Heldenfriedenhofs in Lemberg (Cmentarz Orląt Lwowski) für polnische Freiwillige, die 1918 nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie erfolgreich ukrainische Aufständische bekämpft hatten. Diese hatten versucht, die (damals von Polen und Juden zahlenmäßig dominierte) Stadt unter Kontrolle zu bringen. Die Eröffnung war aufgrund von Einwänden des Lemberger Stadtrats gegen Aufschriften auf den Gedenktafeln, die zwischen Warschau und Kiew ausgehandelt worden waren, in den letzten Jahren immer wieder verschoben worden und hatte besonders nationale Kreise und Kriegsveteranen in beiden Ländern antagonisiert.

2.1.8 Die polnisch-weißrussischen Beziehungen

Das Verhältnis zwischen Polen und Belarus muss als ausgesprochen gespannt bezeichnet werden seit das Lukaschenko-Regime dazu übergegangen ist, den "Bund der Polen in Weißrussland" (ZPB) - die zentrale Organisation der polnischen Minderheit in Belarus -, gleichzuschalten. Nachdem Anfang 2005 die Vollversammlung des ZPB

den bisherigen, regimenahen Vorsitzenden seines Amtes enthoben hat, wird die Organisation polnischen Presseberichten zufolge systematisch schikaniert - was in der polnischen Öffentlichkeit ein enormes Echo findet. Ein polnischer Diplomat (und im Gegenzug ein weißrussischer in Polen) wurde inzwischen zum Verlassen des Landes aufgefordert, weil er - nach weißrussischer Darstellung - den ZPK gegen die Regierung in Minsk aufwiegele. Tatsächlich ist es in der Vergangenheit zu politischen Bündnissen zwischen ZPK und der weißrussischen Anti-Lukaschenko-Opposition gekommen. Dies geschah trotz der Tatsache, dass die Opposition den Aktivitäten des ZPK, sowie einiger polnischer Priester im Westen Weißrusslands, häufig misstraute, weil sie darin Polonisierungsbestrebungen sah. Die Aktionen der weißrussischen Staatsorgane werden in Polen auch auf die nach der "Orangenen Revolution" in der Ukraine größer gewordene Nervosität Aleksander Lukaschenkos zurückgeführt, der vor den anstehenden Wahlen mehrfach öffentlich die Befürchtung äußerte, EU, NATO und USA würden nun versuchen, Belarus nach dem Vorbild Serbiens 2000 bzw. der Ukraine 2004 zu demokratisieren. Mehrfach beschuldigte er sowohl polnische Diplomaten und die polnische Minderheit in Belarus, als auch den polnischen Geheimdienst, die Vorhut dieser westlichen Phalanx zu bilden.

2.1.9 Homosexuelle in Polen: "Tage der Gleichberechtigung"

Die Problematik der sexuellen Minderheiten wurde dieses Jahr in Polen besonders intensiv in der breiten Öffentlichkeit diskutiert. Anlass dazu waren "Tage der Gleichberechtigung" vom 10.-12.05. in Warschau, veranstaltet von der Stiftung für die Gleichberechtigung (Fundacja Równości), die im Januar 2005 von drei führenden Schwulen- und Lesbenorganisationen in Polen gegründet wurde. Im Rahmen des Wochenendes wollten die OrganisatorInnen am 11.05 mit einer Parade der Gleichheit die Aufmerksamkeit des breiten Publikums für ihre Postulate gewinnen und ihre Anwesenheit in der Gesellschaft präsent machen. Der geplante und bei der zuständigen Stadtbehörde beantragte Gleichberechtigungsmarsch wurde vom Stadtpräsidenten, Lech Kaczyński (PIS, Recht und Gerechtigkeit) abgelehnt.

Das Demonstrationsverbot verursachte eine große Diskussionswelle in allen Medien (u.a. hat "Polityka", die größte Wochenzeitschrift, in zwei auf einander folgenden Ausgaben ausführliche Artikel zur Homosexualität und Toleranz veröffentlicht). Dem Thema wurden mehrere TV-Sendungen gewidmet. Außerdem wurde die gesetzliche Sachlage von mehreren anerkannten Juristen analysiert. Viele Persönlichkeiten äußerten sich auch in offenen Briefen. Die gesellschaftliche Zustimmung für die Parade lag bei 34% (polenweit) und 47% in Warschau. Der Schwerpunkt der Debatte verschob sich von den Rechten der Homosexuellen zu den Menschenrechten und Freiheiten in Polen insgesamt. Angesichts der baldigen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, in denen die PIS mit großer Wahrscheinlichkeit an die Macht kommt, wurde die ablehnende Haltung von Kaczyński als eine Gefährdung für die u.a. von ihm selbst erkämpfte Demokratie in Polen wahrgenommen.

Am 11. Mai versammelten sich vor dem Sejm trotz Verbotes zwischen 2,5- und 5-tausend DemonstrantInnen, begleitet von einem zahlreichen Polizeiaufgebot (zu deren Schutz) sowie kleinerer, z.T. gewaltbereiter Gegendemonstrationen. An dem Marsch nahmen viele prominente polnische PolitikerInnen teil, u.a. die Vize-Premierministerin und ehemalige Regierungsbeauftragte für die Gleichstellung der Frauen und Männer, Izabela Jaruga-Nowacka, der

Vize-Präsident des Sejms, Tomasz Nałęcz, sowie die Parteivorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Claudia Roth und der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Volker Beck.

2.1.10 Umwelt- und Energiepolitik

Die ökologische Diskussion in Polen konzentrierte sich im letzten Jahr auf die zukünftige Ausrichtung der Energiegewinnung.

Auslöser für eine verstärkte Diskussion waren im Wesentlichen das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls und ein Strategiepapier der polnischen Regierung zur „Energiepolitik Polens bis zum Jahre 2025“.

Das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls am 16.02.2005, das 141 Staaten, unter ihnen auch Polen, zur Beschränkung der Treibhausgasemissionen (vor allem Co2) verpflichtet, wurde in Polen positiv bewertet. Das liegt u.a. daran, dass Polen keinerlei Probleme mit der Erfüllung der im Kioto-Protokoll enthaltenen Vorgaben hat. So muss das Land die Co2-Emissionen bis zur Zielperiode zwischen 2008 und 2012 um 6% im Vergleich zu 1988 reduzieren. Schon im Jahre 2001 betrug diese Reduktion 33 Prozent, allerdings weniger als Resultat konkreter emissionssparender Maßnahmen, als vielmehr, wie in den meisten anderen osteuropäischen Volkswirtschaften, als Resultat der zusammengebrochenen Industrie nach der Wende. Deshalb wurde geschätzt, dass Polen einen Überschuss an Co2-Emissionsrechten in Höhe von 70 Tonnen pro Jahr habe. Diese kann Polen im Austausch für ihre Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energiequellen (sog. Projekte der gemeinsamen Verwirklichung, JIP; der Investitionswert wurde auf 2,4 Mrd. EUR geschätzt) überlassen. Im März 2005 beschloss die EU-Kommission jedoch, die Polen zuvor zugeschriebenen Grenzwerte um 16,5% zu reduzieren. Die Kommission argumentierte, dass dies kein Risiko der Nicht-Erfüllung der Kyoto-Kriterien in sich berge, sondern nur einen massiven Emissionsrechtshandel verhindere, der letztendlich eine künstliche Preissenkung der Emissionsrechte zur Folge gehabt hätte. Die Verringerung der Emissionsrechte führte in Polen zu einer Auseinandersetzung um die Aufteilung der Emissionsrechte zwischen den polnischen Unternehmern, die immer noch andauert.

Die Diskussion in Polen um die Notwendigkeit einer Reduktion von Treibhausgasen wurde gefördert u.a. von der Reduktion der Emissionsrechte im Rahmen des Kyoto-Protokolls, von Debatten innerhalb der EU zur Notwendigkeit einer weiteren Reduzierung von Treibhausgasen nach 2012, sowie durch die Vorlage der Strategie zur „Energiepolitik Polens bis zum Jahre 2025“ durch die polnische Regierung. Dies führte letztlich zu einer Diskussion über das Potenzial von Atomkraft als „sauberer Alternative“. So plant die polnische Regierung den Bau des ersten polnischen Atomkraftwerks, das in ca. 15 Jahren an Netz gehen könnte. Unter den möglichen Standorten wird auch Żarnowiec in Pommern genannt, wo man bereits 1980 mit dem Bau eines Atomkraftwerks begonnen hatte, der allerdings später wieder aufgegeben wurde. Gegenwärtig stehen die Polen der Kernkraft kritisch gegenüber: Ca. 50% sprechen sich gegen ein Kraftwerk im eigenen Land aus. Allerdings sind ca. 30%, darunter vor allem junge und gut gebildete Leute, für die Nutzung von Kernenergie. Der Hauptgrund für eine Ablehnung eines Kraftwerkes im eigenen Land liegt in der Angst vor einer Katastrophe wie in Tschernobyl im April 1986. Umwelt-NROs wie Greenpeace oder WWF sprechen sich eindeutig gegen den Bau von Atomkraftwerken in Polen

aus und versuchen, stattdessen eine stärkere Entwicklung erneuerbarer Energien voranzutreiben.

Im Bereich der erneuerbaren Energien wird in Polen die Zukunft vor allem in der Biomasse gesehen (mehr als 90%), ein Beitrag wird darüber hinaus auch der Wind- und Wasserenergie eingeräumt. Gegenwärtig beträgt der Anteil der erneuerbaren Energie im Energieverbrauch ca. 2.5%. Seit Anfang 2005 sind alle Energieunternehmen verpflichtet, sog. „grüne Energie“ zu kaufen – mindestens 3.1% der von ihnen verkauften Energie muss aus erneuerbaren Quellen stammen. Dieser Anteil soll bis zum Jahr 2010 auf 7,5% gesteigert werden. Die rentabelste erneuerbare Energiequelle stellt ebenfalls die Biomasse dar, konkret der Anbau von Energiepflanzen. Biomasse wird dabei gegenwärtig in Polen nicht nur als umweltfreundliche Form der Energiegewinnung, sondern als rentables Unternehmen (nicht zuletzt durch EU-Zuschüsse) betrachtet.

2.2 Tschechien

2.2.1 Regierungskrise

Das desaströse Wahlergebnis für die Sozialdemokraten bei der ersten Europawahl führte am 1. Juli 2004 nach zwei Jahren Amtszeit zum Rücktritt des sozialdemokratischen Premiers Vladimír Špidla und seiner Koalitionsregierung, nachdem der Premier ein parteiinternes Misstrauensvotum der Sozialdemokraten Ende Juni 2004 mit nur geringer Mehrheit überstanden hatte. Die eigene Partei hatte ihm die Gefolgschaft wegen der Niederlage bei den Europawahlen und der umstrittenen Reform der Sozialsysteme versagt. Innenminister Stanislav Gross wurde daraufhin von Präsident Václav Klaus mit der Regierungsbildung beauftragt. Der Präsident vereidigte das neue Kabinett am 4. August 2004. Am 25. August sprach das Parlament der neuen Regierung ihr Vertrauen aus. Neu besetzt wurden das Justiz-, Verteidigungs- und Gesundheitsministerium sowie das Ministerium für Lokale Entwicklung. Doch auch Stanislav Gross, der jahrelang zu den beliebtesten Politikern des Landes gehörte, konnte weder den Abwärtstrend in den Umfragen für seine Partei, noch die parteiinternen Auseinandersetzungen aufhalten. Auch die Senats- und Kommunalwahlen waren für seine Partei, die ČSSD, von starken Misserfolgen geprägt (Vladimír Špidla ist seit November 2004 EU-Kommissar, zuständig für das Ressort "Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit).

Die Krise der Regierungskoalition erhielt Anfang 2005 neue Impulse. Der damalige Premier Stanislav Gross wurde wegen der unklaren Finanzierung seiner Wohnung und der unternehmerischen Tätigkeiten seiner Ehefrau Šárka Grossová von den Medien stark kritisiert. Auch nach wiederholter Aufforderung wollte sich der Premierminister lange nicht zu diesen Vorwürfen äußern und gab dann an, dass er sich für den Kauf seiner Eigentumswohnung bei seinem Onkel Geld geliehen hatte. Im Februar kündigte Gross an, dass er die Nationale Sicherheitsbehörde (NBÚ) um eine Überprüfung seiner Eigentumsverhältnisse ersuchen werde. Seine Ehefrau stellte ihre unternehmerischen Tätigkeiten ein. Die Christdemokraten forderten Gross zum Rücktritt auf. Am 21. Februar forderte Václav Klaus den Ministerpräsidenten und den Vorsitzenden der Christdemokraten (KDU-ČSL) Miroslav Kalousek dazu auf, einen Ausweg aus der anhaltenden Krise der Regierungskoalition zu suchen.

Am 23. Februar 2005 demonstrierten ca. 200 Bürgerinnen und Bürger vor dem Regierungssitz. Die Demonstration unterstützte eine Petition,

die von 23.000 Personen unterschrieben wurde und in der vorzeitige Neuwahlen verlangt wurden.

Am 24. Februar 2005 legte der Premierminister dem Staatspräsidenten mehrere Lösungsvorschläge für die anhaltende Regierungskrise vor. Der Fraktionsvorsitzende Michal Kraus kündigte an, dass die Sozialdemokraten mit "allen Parlamentsparteien verhandeln werden"³. Anfang März 2005 entschuldigte sich der Ministerpräsident wie folgt: "Wenn ich mit einigen Äußerungen jemanden verletzt haben sollte, ist dies unabsichtlich geschehen und selbstverständlich entschuldige ich mich."⁴

Über zwei Drittel der in Blitzumfragen befragten Tschechinnen und Tschechen hielten diese Entschuldigung für wenig überzeugend und befürworteten einen Rücktritt des Premiers. Am 26. März 2005 wurde Stanislav Gross in seiner Funktion als Parteivorsitzender auf dem Parteitag der Sozialdemokraten mit 291 von 552 abgegebenen Stimmen wiedergewählt und setzte sich gegen den Kandidaten Zdeněk Škromach (Minister für Arbeit und Soziales) durch.

Ende März reichten die drei christdemokratischen Minister Cyril Svoboda, Libor Ambrozek und Milan Šimonovský (Außen-, Umwelt- und Verkehrsminister) ihren Rücktritt ein. Václav Klaus nahm diese Demissionen mit der Begründung nicht an, er wolle zunächst abwarten, ob noch weitere Minister ihren Rücktritt einreichen.

Am 1. April 2005 überstand die Regierung dank der Enthaltungen der Kommunisten ein Misstrauensvotum. Bei 44 Enthaltungen stimmten für einen Rücktritt von Gross 78 Abgeordnete, 76 stimmten dagegen. Für einen Rücktritt wären 101 Stimmen notwendig gewesen.

Am 9. April 2005 forderte Stanislav Gross die Christdemokraten und die Liberalen dazu auf, der Stabilität des Staates den Vorrang vor Parteiinteressen zu geben und die Entstehung eines neuen Kabinetts zu ermöglichen. Er kündigte an, dass er bereit sei, sein Amt an den tschechischen Botschafter bei der EU, Jan Kohout, abzugeben.

Der sozialdemokratische Parteivorstand billigte allerdings die Vereinbarung über ein neues Kabinett Mitte April nicht, woraufhin der Diplomat Jan Kohout das Angebot des Premiers ablehnte, Regierungschef einer neu aufgelegten Regierungskoalition zu werden. Am 19. April 2005 schlug der Vorstand der ČSSD Jiří Paroubek als neuen Regierungschef vor.

Am 25. April 2005 wurde Jiří Paroubek und die Ministerinnen und Minister vom Präsidenten ernannt. Am 13. Mai 2005 sprach das Abgeordnetenhaus der neu aufgelegten Regierungskoalition sein Vertrauen aus⁵. Eine Umfrage, die Anfang Juni vom Meinungsforschungsinstitut STEM in Bezug auf das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt wurde, ergab zu diesem Zeitpunkt folgende Ergebnisse: ODS (31,8%), KSČM (18%), ČSSD (15%), KDU-ČSL (6,4%), Partei der Grünen SZ (3,2%), US-DEU (1%)⁶.

³ Vgl: <http://www.radio.cz/de/nachrichten/63780>, 24.2.2005

⁴ Vgl: <http://www.radio.cz/de/nachrichten/64019>, 3.3.2005

⁵ Neu besetzt wurden vier Ministerien: Petr Zgarba (ČSSD, Landwirtschaftsminister), Radko Martínek (ČSSD, Minister für Lokale Entwicklung), Dana Běrová (ohne Parteizugehörigkeit, Ministerin für Informatik), Pavel Zářecký (ohne Parteizugehörigkeit, Minister und Vorsitzender der legislativen Regierungsrates).

⁶

http://www.stem.cz/index.php?id=933&tisk=1&url=source_clanky/933/index.php, 15.6.2005

Die oppositionelle ODS bereitet sich auf eine Übernahme der Regierung vor. Parteivorsitzender Mirek Topolánek kündigte an, dass die "Nacht der langen Messer" kommen werde⁷. Wegen dieses Ausspruchs, der sich auf die Zeit des Nationalsozialismus bezieht⁸, wurde er heftig kritisiert. .

2.2.2 Senatswahlen und Kommunalwahlen

Im November 2004 fanden in Tschechien in zwei Runden Senatswahlen statt. Ein Drittel des Senats (insgesamt 27 Bezirke) wurde neu gewählt. 18 der insgesamt 27 zu verteilenden Sitze gewann die ODS. Die christlich-demokratische Union (KDU-ČSL) erhielt 3 Sitze. Die Kommunistische Partei, die Vereinigung Unabhängiger Kandidaten (Sdružení nezávislých kandidátů), die Europäischen Demokraten (Evropští demokraté), die US-DEU/ODA, die Partei der Grünen (SZ) sowie ein unabhängiger Kandidat erhielten jeweils einen Sitz. Die Sozialdemokraten mussten eine große Niederlage hinnehmen, sie erhielten keinen einzigen Sitz. Mit dem Journalisten Jaromír Štětina, der als Unabhängiger auf der Liste der "Partei der Grünen" (SZ) angetreten war, zogen die tschechischen Grünen das erste Mal in eine Kammer des tschechischen Parlaments ein.

Ebenfalls im November fanden in 13 Regionen Kommunalwahlen statt. In 12 von 13 Regionen wurde die ODS stärkste Partei. In einer Region gewann die KDU-ČSL.

2.2.3 Stellungnahmen des Präsidenten Václav Klaus

Der tschechische Staatspräsident wurde aufgrund seiner öffentlichen Stellungnahmen zu verschiedenen Themen nicht nur innerhalb der Tschechischen Republik sondern auch im Ausland stark kritisiert (siehe auch unten). Die Äußerungen gipfelten in seinem Beitrag auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs des Europarates am 16. und 17. Mai 2005 in Warschau. Dort warnte er in seiner Rede vor dem "sehr gefährlichen" Einfluss von Nichtregierungsorganisationen, die seiner Meinung nach "ohne politisches Mandat" entscheidende Bereiche des öffentlichen Lebens beeinflussen wollen.

Nichtregierungsorganisationen stellen nach Ansicht des Präsidenten eine gefährliche "postdemokratische" Erscheinung dar. Ehemalige Dissidenten kritisierten den Präsidenten am 20.5.2005 in einem Brief für diese Äußerungen. "Ähnliche Kritik steht unserer Meinung nach dem Präsidenten, dessen Aufgabe es ist, die Verfassungsmäßigkeit des Staates und seiner Institutionen zu garantieren, nicht zu", so die ehemaligen Dissidenten und weiter: "Wir dachten, dass nach November 1989 niemand mehr an der Bedeutung von Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen sowie außerparlamentarischer Gruppen und Vereinigungen zweifeln und diese unterschätzen wird, sondern dass ihnen von der Verfassung eine unersetzliche Rolle im Prozess der Gestaltung einer freien Zivilgesellschaft zuerkannt wurde."⁹

Klaus bezeichnete die Kritik als kläglich und erwiderte, dass die Unterzeichner von der heutigen Zeit überhaupt nichts begriffen hätten.

⁷ Lidové noviny, 28.6.2005, Seite 1

⁸ Am 30. Juni 1934 töteten SS-Kommandos in Hitlers Auftrag die Führer der rivalisierenden Partei-Organisation, der SA. In dieser "Nacht der langen Messer" begann der Aufstieg der SS zum gefährlichsten Machtinstrument der nationalsozialistischen Diktatur.

⁹ Vgl. <http://pravo.newtonit.cz/default.asp?cache=103664>, 23.5.2005

Der neu amtierende Ministerpräsident Jirí Paroubek ermahnte Klaus, er solle sich auf Dienstreisen an Anweisungen der Regierung halten und drohte ihm an, ihm Reisen zu untersagen, sollte er dies nicht tun. Klaus reagierte auf diese Drohung mit der Bemerkung, dass der Premierminister aufmerksam die tschechische Verfassung studieren solle.¹⁰

2.2.4 Wirtschafts- und Sozialpolitik

Der Zuwachs des Bruttoinlandprodukts (BIP) betrug für das Jahr 2004 4%. Experten machten vor allen Dingen die Folgen des EU-Beitritts für das beste Ergebnis seit 1996 verantwortlich. Finanzminister Bohuslav Sobotka meinte: "Die Werte zeigen, dass wir rechtzeitig auf die für um das Jahr 2010 geplante Einführung des Euros vorbereitet sein werden." Vizepremier Martin Jahn erklärte, das relativ schnelle Wirtschaftswachstum ermögliche die Umsetzung weiterer Steuer- und Sozialreformen.

Der durchschnittliche Reallohn ist in Tschechien um 3,7 Prozent gestiegen, der niedrigste Zuwachs während der letzten vier Jahre.

Das Existenzminimum soll sich in Zukunft in zwei Teile gliedern: Lebenshaltungskosten und Wohngeld. Die Lebenshaltungskosten sollen 2 870 CZK (ca. 94 Euro) betragen, das Wohngeld in einem eigenen Verfahren geregelt werden. Die Höhe der Sozialleistungen soll in Zukunft davon abhängig gemacht werden, ob der oder die Betroffene mit dem Arbeitsamt zusammenarbeitet oder nicht. Diese Gesetzesvorlage verabschiedete die Regierung im Juli 2005.

2.2.5 Sechzigster Jahrestag des Endes des 2. Weltkriegs

Am 5. Mai 2005 gedachte die Tschechische Republik des Prager Aufstands, mit dem vor 60 Jahren die Befreiung der Tschechoslowakei begann. Drei Tage später wurde mit zahlreichen Aktionen, Veranstaltungen und Kranzniederlegungen an das Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung vom Faschismus erinnert. Am 9. Mai 2005 nahm der tschechische Staatspräsident an den Kriegsende-Feierlichkeiten in Moskau teil. Er kritisierte dort die Auszeichnung des ehemaligen KP-Generalsekretärs Wojciech Jaruzelski, der während der Feiern in Moskau für seine Verdienste in der Roten Armee bei der Befreiung Polens mit einer Medaille geehrt wurde. In Polen stieß diese Kritik auf Zuspruch (siehe oben). An einer Gedenkveranstaltung im ehemaligen Konzentrationslager Theresienstadt nahm auch der deutsche Bundeskanzler teil.

Am 13. Mai 2005 fand auf dem Gelände des ehemaligen Sinti- und Roma-Konzentrationslagers in Lety u Písku eine Gedenkveranstaltung statt, die von der Heinrich-Böll-Stiftung im Rahmen einer zweitägigen Veranstaltung zur "Minderheitenpolitik der EU 25 und zur Situation der Sinti und Roma" in der erweiterten EU organisiert worden war¹¹.

2.2.6 Die deutsch-tschechischen Beziehungen

Bundeskanzler Gerhard Schröder besuchte im Berichtszeitraum zweimal die Tschechische Republik. Am 4. Oktober 2004 diente seine Reise einem Meinungsaustausch zu bilateralen und europapolitischen Themen. Im Mittelpunkt des eintägigen Besuchs standen Gespräche mit dem damals amtierenden Premier Stanislav Gross und dem Präsidenten

¹⁰ Vgl. Hospodářské noviny, 27. - 29.5.2005, Seite 1)

¹¹ Vgl. <http://www.radio.cz/de/artikel/66512>, 13.5.2005

Václav Klaus sowie mit dem ehemaligen tschechischen Ministerpräsidenten und zu dieser Zeit designierten EU-Kommissar Vladimír Špidla.

Im Mai 2005 besuchte Schröder anlässlich des Kriegsendes vor 60 Jahren Tschechien und fuhr mit dem neu ernannten Premierminister Jiří Paroubek in das ehemalige Konzentrationslager Theresienstadt. Während dieses Besuchs distanzierte sich Bundeskanzler Gerhard Schröder von den Vorwürfen des bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoibers, der Tschechien auf dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft Versäumnisse bei der Versöhnung vorgeworfen und die Enthüllung der Beneš-Statue vor dem Tschechischen Außenministerium kritisiert hatte.

Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler traf während seiner eintägigen Tschechien-Visite am 15. Oktober 2004 den tschechischen Staatspräsidenten, Premierminister Stanislav Gross sowie den Vorsitzenden beider Parlamentskammern, Lubomír Zaorálek und Petr Pithart. Senatsvorsitzender Pithart äußerte sein Bedauern darüber, dass es bisher zu keiner Geste gegenüber der deutschen Minderheit gekommen ist. Zu starker Druck oder sogar Eigentumsforderungen von Deutschen würden hier jedoch kontraproduktiv wirken, so Pithart¹².

2.2.7 Die tschechisch-ukrainischen Beziehungen

Der tschechische Außenminister Cyril Svoboda erklärte nach der ersten Runde des zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine: „Ich glaube, dass die Ukraine nicht ihre Chance verpasst, sich tiefer in den Hauptstrom europäischer Entwicklung zu integrieren. Ich erwarte, dass im Rahmen der EU die aktuelle Entwicklung in der Ukraine verurteilt und dass in naher Zukunft eine Diskussion über den ganzen Komplex der Beziehungen EU-Ukraine stattfinden wird“¹³.

Svoboda bezeichnete die Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und der Ukraine als eine der Prioritäten Tschechischer Außenpolitik. Nach der Wiederholung des zweiten Wahlgangs gratulierte das Ministerium im Namen der Tschechischen Republik der ukrainischen Bevölkerung.

Die einzige tschechische Partei, die sich im November öffentlich mit den Demonstrantinnen und Demonstranten in der Ukraine und auch in Prag solidarisch erklärte, waren die Tschechischen Grünen. Am 26.11.2004 erschien eine Presseerklärung der Tschechischen Grünen und des neu gewählten Senators Jaromír Štětina mit der Überschrift: „Es ist eine Schande, dass es tschechische Abgeordnete ablehnen, über die Situation in der Ukraine zu reden! – In der Ukraine wird nicht nur über den Präsidenten der nächsten fünf Jahre, aber über die Richtung des ganzen Landes in den nächsten Jahrzehnten entschieden“. In der Presseerklärung berichten die Grünen von einer Abstimmung des tschechischen Abgeordnetenhauses, in der sich von 186 anwesenden Abgeordneten nur 84 für eine Aufnahme des Programmpunktes „Bericht über den Verlauf der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine“ in die Tagesordnung aussprachen, 30 stimmten dagegen (geschlossen dagegen war die KSČM).

Der tschechische Präsident Václav Klaus unterstützt die Bemühungen der Ukraine um eine Mitgliedschaft in der EU und NATO. Zum Auftakt

¹² Vgl. <http://www.radio.cz/de/artikel/59292>, 18.10.2004

¹³ Dieses und folgende Zitate in diesem Absatz nach folgender Quelle: www.radio.cz/de/nachrichten/67566, 14.6.2005

seines dreitägigen Staatsbesuchs in Kiew drückte er am 14. Juni 2005 während eines Treffens mit dem ukrainischen Amtskollegen Viktor Juschtschenko die Hoffnung aus, dass der Integrationsprozess nicht allzu lange dauern werde.

Viktor Juschtschenko erwähnte, dass sich derzeit ca. 200.000 Ukrainerinnen und Ukrainer um eine Arbeitserlaubnis in der Tschechischen Republik bemühen. Das tschechische und das ukrainische Außenministerium werden dazu in absehbarer Zeit einen Entwurf über ein Abkommen der einstweiligen Beschäftigung von ukrainischen Bürgerinnen und Bürgern ausarbeiten, hieß es. Tschechien hat angekündigt, die Visagebühren für ukrainische BürgerInnen noch im Herbst abzuschaffen.

2.2.8 Die tschechisch-weißrussischen Beziehungen

Im Januar 2005 kam es zwischen Weißrussland und Tschechien nach der Verhaftung des tschechischen Diplomaten Pavel Křivohlavý, der wenig später des Landes verwiesen wurde, zu Spannungen. Dem Diplomaten wurden sexuelle Kontakte zu minderjährigen Jungen vorgeworfen. Die in Prag lebende weißrussische Journalistin Natalia Sudliankov meinte zu der Ausweisung: „Ich glaube, der wirkliche Grund, warum er des Landes verwiesen wurde – und warum dies in so einer Weise geschah – liegt darin, dass Lukaschenko eine Politik der Dämonisierung betreibt, die sich gegen die westlichen Länder und ihre Diplomaten richtet. Er hält den weißrussischen KGB, also den Geheimdienst dazu an, den Menschen im Land zu zeigen, dass die westlichen Diplomaten die weißrussischen Mädchen zu Prostituierten machen, dass sie nur Homosexualität ins Land bringen und dergleichen mehr.“¹⁴

Zuvor hatte das Außenministerium im Oktober nach dem Referendum zu der Verfassungsänderung und den Parlamentswahlen in Weißrussland die repressive Haltung des Lukaschenko-Regimes gegenüber „der Opposition und den demokratisch denkenden Weißrussen“ kritisiert und erklärt, die demokratischen Kräfte systematisch zu unterstützen¹⁵. In Tschechien gilt der weißrussische Präsident Lukaschenko als unerwünschte Person. Schon zum NATO-Gipfel 2002 in Prag hatte die Regierung ihm das Einreisevisum verweigert. Anfang Juni 2005 wurde dem Menschenrechtsbeauftragten der Tschechischen Republik, Svatopluk Karásek, das Einreisevisum nach Weißrussland nicht erteilt.

Tschechische Nichtregierungsorganisationen (vor allen Dingen „Mensch in Not“) unterstützen die demokratische Opposition in Weißrussland. Václav Havel gründete 2005 eine „Internationale Vereinigung weißrussischer Bürger“ und möchte vor allen Dingen weißrussische Privatinitiativen unterstützen, die von Alexander Lukaschenko verboten wurden.

2.2.9 Kyoto-Protokoll und Emissionshandel

Tschechien gehört zu den 141 Staaten, die das am 16. Februar 2005 in Kraft getretene Kyoto-Protokoll verabschiedet haben. Die Tschechische Republik hat sich dazu verpflichtet, bis 2012 den Co₂-Ausstoß gegenüber 1990 um 8 Prozent zu verringern. Tschechien wird voraussichtlich keine Probleme mit der Erfüllung des Kyoto-Protokolls haben, weil der Co₂-Ausstoß durch den wirtschaftlichen

¹⁴ Vgl. <http://www.radio.cz/print/de/62717>, 25.1.2005

¹⁵ Vgl.

<http://www.mzv.cz/wwwo/mzv/defaultart.asp?id=28528&ido=10544&idj=1&amb=1&type=print>, Oktober 2004

Rückgang in den 90-er Jahren zurückgegangen ist. Mit einem jährlichen Co₂-Ausstoß von 12 Tonnen pro Person und einem hohen Energieverbrauch zählt die Tschechische Republik allerdings zu den weltweit 10 größten Emittenten.

Staatspräsident Václav Klaus kritisierte im Februar 2005 das Kyoto-Protokoll und bezeichnete es als "einen der größten Irrtümer der gegenwärtigen Menschheit". Schon früher hatte Klaus unterstellt, das Protokoll sei ein Beispiel für "Öko-Fundamentalismus", beruhe auf sehr wackligen Beweisen und sei ein Versuch, Menschen in ihrer Freiheit zu beschneiden. Klaus sagte, es sei ein "Glück", dass die USA das in Kraft getretene Protokoll nicht unterzeichnet hätten¹⁶.

Der von Tschechien vorgelegte Allokationsplan für die Verteilung von Co₂-Emissionsgenehmigungen wurde von der Europäischen Kommission am 12. April 2005 bewilligt. Zuvor genehmigte die Europäische Kommission der Tschechischen Republik von 2005 bis 2007 eine jährliche Co₂-Emission von 97,6 Millionen Tonnen (die Tschechische Republik hatte 107 Millionen Tonnen gefordert). Umweltorganisationen kritisieren, dass tschechische Unternehmen durch diese Emissionsobergrenze vorläufig zu keinen Einschränkungen gezwungen sind.

2.2.10 Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energiequellen

In Tschechien wurde das von Umweltminister Libor Ambrozek vorgelegte "Gesetz zur Unterstützung erneuerbarer Energiequellen" am 23. Februar 2005 vom Abgeordnetenhaus und am 31. März 2005 vom Senat verabschiedet. Mit diesem Gesetz öffnet sich der tschechische Markt erneuerbaren Energieformen. Nichtregierungsorganisationen waren maßgeblich an der Durchsetzung der Rechtsgrundlage beteiligt, die Unternehmen zur Investition in moderne und saubere Technologien zur Energieerzeugung (Windkraft- und Solaranlagen, Wasserkraftwerke) bewegen soll. Private Investoren können nach diesem Gesetz zwischen zwei Modellen wählen: Entweder sie verkaufen ihre umweltfreundlich produzierte Energie zu garantierten Mindestpreisen mit einer Stabilitätsgarantie von 15 Jahren oder sie finden selbst Abnehmer auf dem freien Markt. Hierbei erhalten sie für den Strom zwar einen geringeren Preis, dafür aber einen zusätzlichen Öko-Bonus vom Staat. Der Präsident Václav Klaus entschloss sich, das Gesetz weder zu unterschreiben noch dagegen Veto einzulegen. Es werde, so Klaus in seiner Presseerklärung vom 27. April 2005, als ein ökologisches Gesetz bezeichnet, gehöre aber lediglich in den wirtschaftlichen Bereich. Er kritisierte die darin enthaltene Meidung von Kernenergie, für die es keinen rationalen Grund gebe.

2.2.11 Atomenergie

In einer im Juni 2005 zusammengestellten Übersicht der Nichtregierungsorganisation (NRO) "Jihočeské matky" (Südböhmische Mütter) mit dem Titel "Technische Probleme des AKWs Temelín" werden alle bekannt gewordenen Störungen und Komplikationen seit der Inbetriebnahme des AKW aufgelistet. Diese Liste ist erschreckend lang. Eine öffentliche Diskussion um die Gefahren der Atomenergie wird in der Tschechischen Republik jedoch kaum geführt. Die im März 2004 verabschiedete Energiekonzeption der Tschechischen Republik rechnet mit einem weiteren Einsatz und Export von Kernenergie und auch mit dem Bau neuer AKWs.

¹⁶ Vgl. <http://www.radio.cz/de/nachrichten#2>, 28.2.2005

Die größte und einflussreichste tschechische Energiegesellschaft ČEZ, die derzeit eine aggressive Preispolitik betreibt (im Juni 2005 wurde eine Erhöhung der Energiepreise angekündigt) sowie die Atomlobby führen eine Kampagne, die die Öffentlichkeit und politische EntscheidungsträgerInnen stark beeinflusst: Auf ihrer Homepage wirbt ČEZ z.B. damit, dass das AKW Dukovany wie "guter Wein" sei - "von Jahr zu Jahr besser". ČEZ-VertreterInnen betonen die Notwendigkeit, weiterhin in die Kernenergie und die Entwicklung der entsprechenden Technologien zu investieren, weil die weltweite Energienachfrage steigen und nicht durch alternative Energiequellen gedeckt werden könne. Gleichzeitig sei Kernenergie maßgeblich bei der Reduzierung der Co2-Emissionen beteiligt.

2.2.12 Ökologische Landwirtschaft

Im Jahr 2004 bewirtschafteten Biolandwirte in Tschechien 6,16% der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (im Vorjahr waren es 5,97%, 1991 0,41%). Diese Zahlen weisen auf einen eindeutigen Erfolg der Entwicklung der Ökologischen Landwirtschaft hin. Die Produktion von Bioprodukten ist allerdings nicht ausreichend - auf dem Markt fehlen vor allen Dingen Obst und Gemüse. Bioprodukte bilden nur 0,06% des gesamten Marktes für Lebensmittel.

Hauptziele des Aktionsplans für die Tschechische Republik sind deshalb, (1) den positiven Einfluss des ökologischen Landbaus auf Natur und Landschaft zu erhöhen, (2) die Konkurrenzfähigkeit Tschechiens innerhalb der EU zu stärken, (3) das öffentliche Vertrauen gegenüber Biolandwirten zu verbessern, (4) den Schutz der ökologischen Landwirtschaft vor GVO-Kontaminationen sicherzustellen, (5) den Markt für Bioprodukte zu erweitern und (6) bis 2010 10% der Agrarflächen ökologisch zu bewirtschaften¹⁷.

2.3 Slowakei

2.3.1 Instabile Regierungskoalition

Ende Juni 2005 schlug das oppositionelle Linksbündnis SMER vor, dem Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda das Misstrauen auszusprechen. Dieser Antrag wurde von 37 SMER-Abgeordneten, der Kommunistischen Partei, der Bewegung für eine demokratische Partei (HZDS) sowie von unabhängigen Abgeordneten unterzeichnet. Die Opposition wirft Dzurinda vor, durch seine Politik extreme soziale Ungleichheiten zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Regionen herzustellen. Auch mit der Koordination der Reformen ist die Opposition unzufrieden und attestiert Dzurinda das Scheitern im Kampf gegen Korruption. Wegen der hohen Anzahl unabhängiger Abgeordneter hat die Regierungskoalition keine Mehrheit im Nationalrat (Parlament). Die Regierungskoalition selbst ist derzeit nicht stabil, Christdemokraten demonstrierten wiederholt ihre Unzufriedenheit.

Das Misstrauensvotum scheiterte am 6. Juli 2005, da nur 60 von den 122 anwesenden Abgeordneten dafür stimmten. 61 Parlamentarier waren dagegen. Laut Verfassung sind 76 Stimmen für das Misstrauensvotum erforderlich.

¹⁷ Vgl. "Minimizing Danube River Pollution through Organic Farming", Bioinstitut, April 2005

2.3.2 Wirtschafts- und Sozialpolitik: Die Kehrseite des Reformeifers

Im September 2004 veröffentlichte die Weltbank einen Bericht, in dem wirtschaftliche Reformen in 145 Ländern verglichen wurden. Laut Weltbank sei die Slowakei hierbei die Nummer 1. Ausserdem befinde sie sich unter den ersten 20 Ländern, in denen die besten Bedingungen für ein Unternehmen geschaffen wurden. Finanzminister Ivan Mikloš bewertete den Bericht als Motivation, den angeschlagenen Weg der Reformen fortzusetzen¹⁸.

Eine radikale Steuerreform, liberale Arbeitsgesetze und niedrige Arbeitslöhne bringen Investoren und Unternehmen ins Schwärmen. Die Kehrseite der Medaille: Die Reformen treffen vor allen Dingen die sozial Schwachen und fördern soziale Ungleichheit. Das Tempo, mit dem die Slowakei zum "Tiger" Mittel- und Osteuropas wurde, ist alarmierend. Die Sozialhilfe wurde 2003 drastisch gekürzt, es wird zwischen BürgerInnen unterschieden, die aus "subjektiven" oder "objektiven" Gründen "in Not" sind. Die Roma sind von der Änderung bei der Auszahlung der Sozialförderung stark betroffen, da sie die Mehrheit der BezieherInnen von Sozialgeld bildet (s.u.).

Nach einem im November erschienenen Bericht der OECD stieg die Arbeitslosenrate im Jahresabstand an und überschritt 18%. Die slowakischen Arbeitsämter sprachen zu diesem Zeitpunkt von 14 Prozent. Im Unterschied zu der OECD berechnen die slowakischen Arbeitsämter die Arbeitslosenrate nur aus der Anzahl der registrierten Arbeitssuchenden, schließen also diejenigen aus, die aus verschiedenen Gründen keine Arbeitsstelle suchen¹⁹. Für das erste Quartal 2005 gibt das slowakische Statistikamt eine Arbeitslosenrate von 17,5% an. Der Zuwachs des Bruttoinlandprodukts betrug für das Jahr 2004 5,5%²⁰.

Weitere Reformen betrafen bzw. betreffen im Berichtszeitraum immer noch folgende Bereiche: Rentenerhöhung, Gesundheits- und Schulwesen (Hochschulgebühren, Stipendienvergabe) und Strafrecht. Das Strafgesetz wurde am 25. Mai 2005 verabschiedet. Wichtigste Änderung ist, dass nicht alle Straffälle vor dem Gericht enden werden. In Zukunft soll eine Vereinbarung zwischen Staatsanwalt und Beschuldigten möglich werden.

2.3.3 Die tschechisch-slowakischen und deutsch-slowakischen Beziehungen

Bundeskanzler Gerhard Schröder konnte Ende August 2004 nicht an den Gedenkfeierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Slowakischen Nationalaufstandes teilnehmen, schickte aber ein Grußwort, in dem er schrieb: "Mit dem Beitritt der Slowakischen Republik zur Europäischen Union und zur NATO hat sich erfüllt, was viele Aufständische damals zutiefst bewegte: der Wunsch nach Freiheit und dauerhafter Sicherheit für das slowakische Volk. Heute verbindet Deutsche und Slowaken eine enge Freundschaft, die von gegenseitiger Achtung, von gemeinsamen europäischen Werten und Interessen geprägt ist (...). In diesem Geist wollen wir auch unsere bilateralen Beziehungen weiter vertiefen."²¹

¹⁸ http://www.slovakradio.sk/rsi/ge/politik/txt/40909_text.html, 9.9.2004

¹⁹ Vgl.

http://www.slovakradio.sk/rsi/ge/politik/txt/041112_arbeitslosigkeit.html, 12.11.2004

²⁰ <http://www.statistics.sk/webdata/slov/tabulky/nez/nez05a.htm>, 7.7.2005

²¹ http://www.slovakradio.sk/rsi/ge/politik/txt/40830_text.html, 30.8.2004

Anfang Oktober 2004 reiste der tschechische Präsident Václav Klaus nach Bratislava, um dort an der Wirtschaftsuniversität den Ehrendokortitel entgegen zu nehmen. Die rasanten Reformschritte der Slowakei sollten nach Meinung des tschechischen Staatsoberhauptes Vorbild für die Tschechische Republik sein. Er führte Gespräche mit dem slowakischen Präsidenten Ivan Gasparovič und präsentierte auch seine Publikation "Europa von Václav Klaus". In Bratislava kritisierte er den Verfassungsvertrag, der ein Schritt zur Aufhebung der internationalen Zusammenarbeit in Europa sei.

Am 21. Oktober 2004 besuchte Ivan Gasparovič Berlin. Schwerpunkt der Verhandlungen mit dem Bundespräsidenten Heinz Köhler waren die bilaterale Beziehungen, die Einheitssteuer der Slowakei, der Europäische Verfassungsvertrag sowie der EU-Beitritt der Türkei.

Am 7. Juni 2005 besuchte Jiří Paroubek die Slowakei. Er sprach mit dem Staatspräsidenten und gab während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem slowakischen Premierminister bekannt, dass sich beide Länder für die Verlängerung der Ratifizierungsfrist des EU-Verfassungsvertrages einsetzen werden.

2.3.4 Die slowakisch-ukrainischen und slowakisch-weißrussischen Beziehungen

Nach dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 31.10.2004 lobte das Slowakische Außenministerium zwar die hohe Wahlbeteiligung, kritisierte aber gleichzeitig den Ablauf der Wahlen und die vorangegangene Wahlkampagne. Weiter hieß es, die Slowakei habe großes Interesse, dass "sich in der Ukraine demokratische Werte, die Anerkennung der Menschen- und Freiheitsrechte zum Wohl der Bevölkerung und der Stabilität in Osteuropa verbreiten und entwickeln werden"²².

Die erste Runde des zweiten Wahlgangs kommentierte das Ministerium mit der Überzeugung, dass es die ukrainischen Behörden schaffen werden, die Wahlauswertung demokratisch vorzunehmen und den Willen der ukrainischen Wähler zu respektieren.

Nach der zweiten Runde betont das Ministerium, dass die Slowakei ihr größtes Nachbarland durch intensive Zusammenarbeit auf dem Weg zur europäischen und transatlantischen Integration unterstützen werde.

Außenminister Eduard Kukan hielt sich vom 31. März bis zum 1. April 2005 in der Ukraine auf. Er versprach, dass die Slowakei der Ukraine bei der Implementierung der Nationalen Strategie des EU-Beitritts der Ukraine und dem Aktionsplan für die Ukraine helfen werde. Weiter wurde die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit im energiewirtschaftlichen Bereich besprochen (Import von Energie in die Slowakei).

Von slowakischer Seite gab es Kritik am Verlauf der Wahlen in Weißrussland im Oktober 2004. Es wurde die Bereitschaft der Slowakei bestätigt, den "weißrussischen Bürgern und demokratischen Kräften durch die Vermittlung von Erfahrungen der Transformation, des Aufbaus einer Zivilgesellschaft und ihrer demokratischen Institutionen zu helfen."

2.3.5 Kyoto-Protokoll, Emissionshandel und erneuerbare Energien

Die Slowakei verabschiedete das Kyoto-Protokoll im Jahre 2001 und will bis 2012 die Co2-Emission um 8% gegenüber 1990 reduzieren. Da

²² http://www.mzv.sk/novinky.php3?q_kategoria=&q_id=1519, 2004

die Slowakei nicht das Höchstvolumen der vom Kioto-Protokoll erlaubten Emissionen verbraucht, konnte es Emissionsrechte über 200.000T Co2 an die japanische Gesellschaft Sumitomo Corp. verkaufen. Das dadurch gewonnene Geld (etwa 1 Million USD) wird die Slowakei für ökologische Projekte nutzen, so der slowakische Umweltminister Lászlo Mikloš. Die Slowakei sei aus der Sicht des Kyoto-Protokolls in einer sehr guten Lage. Wenn sie den jetzigen Trend bei der Luftverschmutzung beibehalte, werde sie keine wichtigen Vorkehrungen mehr treffen müssen. Bis 1990 verzeichnete die Slowakei eine jährliche Co2-Emission von 12 Tonnen pro Einwohner, heute liegt diese zwischen 8 und 9 Tonnen.

In Bezug auf die Maßnahmen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz sowie der Förderung erneuerbarer Energien sieht sich die Slowakei allerdings vor große Aufgaben gestellt, deren Bewältigung nicht einfach werden wird. Der Energieverbrauch pro Kopf ist noch immer um ein Vielfaches höher als in anderen europäischen Ländern.

Die Konzeption zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen, die die slowakische Regierung 2003 verabschiedete, unterschätzt nach Angaben slowakischer Nichtregierungsorganisationen das Potential erneuerbarer Energien und kann daher nicht als ein Dokument zur Förderung dieser Energiequellen verstanden werden.

2.3.6 Atomenergie

Am 10. September 2004 entschied das slowakische Parlament, dass die Regierung alle Schritte unternehmen sollte, die zur Fertigstellung der Blöcke 3 und 4 des AKW Mochovce nötig sind. Am 3. Februar 2005 sendeten die Nichtregierungsorganisationen "Friends of the Earth Europe", "Friends of the Earth Slovakia" und "For Mother Earth Slovakia" eine formale Beschwerde an die EU-Kommissarin für Wettbewerb, Neelie Kroes, in der sie forderten, das geplante Subventionssystem für nukleare Energie in der Slowakei zu untersuchen. Dieser Plan entspreche nicht EU-Recht und müsse geprüft und blockiert werden.

Anfang April 2005 verhandelte der stellvertretende Regierungsvorsitzende und Wirtschaftsminister Pavol Rusko mit der EU-Kommission die Abschaltung zweier AKW-Blöcke des AKWs V1 Jaslovské Bohunice (Baujahr 1978 und 1980). Dabei wurden Kosten und Frist der Abschaltung besprochen. Ursprünglich war mit Brüssel verhandelt worden, dass der erste Block bis 2006 und der zweite bis 2008 abgeschaltet wird. Die Slowakei schlug vor, beide Reaktoren erst 2008 vom Netz zu nehmen, was von der EU-Kommission jedoch abgelehnt wurde.

In früheren Verhandlungen versprach die EU-Kommission 180 Millionen Euro für die Abschaltung der Blöcke bis 2006 und stellte bis 2013 237 Millionen Euro in Aussicht. Die Slowakei wird sich um eine Aufstockung bemühen. Bis 2095 werden nach neusten Schätzungen 1,3 Milliarden Euro für die Abschaltung und Aussonderung der Blöcke benötigt (ohne Berücksichtigung der Inflation).

Ende April genehmigte die EU-Kommission den geplanten Verkauf von 66% der Aktien der Slovenské elektárne a.s. an die italienische Firma Enel. Am 17. Februar 2005 wurde der Kaufvertrag über 840 Millionen Euro unterzeichnet.

2.3.7 Ökologische Landwirtschaft

Im Jahr 2004 bewirtschafteten Biolandwirte in der Slowakei 2,6% der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (im Vorjahr waren es 2,5%, 1995 0,72%).

In der Slowakei gibt es keinen Dachverband, der die Interessen der Biolandwirte vertritt und in Bezug auf die Förderung der Ökologischen Landwirtschaft Lobbyarbeit leistet. Auch das System der Kontrollinstitutionen ist nicht auf die Bedürfnisse des Landes abgestimmt. Der Großteil der ökologischen Agrarprodukte wird in andere EU-Länder exportiert und nicht im Land selbst weiter verarbeitet und auf den Markt gebracht.

Am 17. März 2005 wurde der Aktionsplan zur Entwicklung der Ökologischen Landwirtschaft angenommen. Seine Hauptziele sind (1) Produktionsförderung ökologischer Produkte, (2) Verbesserung von Marketing und Qualität, (3) Information und Aufklärung, (4) Mehr Training, Consulting und Forschung sowie (5) das Ziel, bis 2010 5% der gesamten Agrarfläche ökologisch zu bewirtschaften. Kritisiert wird an dem Aktionsplan, dass er Ziele formuliere, ohne die nötigen konkreten Verantwortlichkeiten und Finanzmechanismen zu definieren²³.

2.4 Ukraine

2.4.1 Präsidentenwahl in der Ukraine und die "Orangene Revolution"

Zwischen Oktober und Dezember 2004 hat die europäische- und die Weltöffentlichkeit mit zunehmendem Interesse und Anteilnahme die Ereignisse um die Präsidentenwahlen in der Ukraine, die so genannte "Orangene Revolution", beobachtet.

An den Wahlen beteiligten sich zu Beginn mehrere Kandidaten, in der zweiten entscheidenden Wahlrunde (21. November 2004) fand die Auseinandersetzung zwischen Viktor Janukovytsch, dem Repräsentanten des damaligen Machtlagers, und Viktor Juschtschenko, dem Vertreter des oppositionellen Blocks "Unsere Ukraine", statt.

Die beiden Kandidaten repräsentierten entgegengesetzte Optionen der künftigen Innen- und Außenpolitik: Janukovytsch stand für Kontinuität der unter Präsident Kutschma geltenden Politikrichtung, insbesondere für engere politische und wirtschaftliche Anbindung an Russland. Juschtschenko setzte sich dagegen für innenpolitische Reformen und die Integration der Ukraine in die euroatlantischen Strukturen ein. Somit bekam die Wahl in der Wahrnehmung der ukrainischen Gesellschaft die Dimension einer "Schicksals- oder "Richtungsentscheidung".

Schon während der Wahlkampagne wurden mehrere Demokratiedefizite kritisiert, so u.a. ein Ungleichgewicht in der Medienpräsenz zugunsten der Kandidaten des Machtlagers, Einschränkungen der Versammlungsfreiheit sowie massive Unterstützung Janukovytsch's durch den russischen Präsidenten Putin. Zusätzlich sorgte der Versuch, den Oppositionskandidaten Juschtschenko durch eine Vergiftung außer Gefecht zu setzen, für Empörung. (Juschtschenko war Anfang September schwer erkrankt, nachdem er am Tag zuvor mit dem SBU-Chef Ihor Smetschko zu Abend gegessen hatte. Das Treffen war auf Bitten des Geheimdienstes erfolgt).

Die von den internationalen Beobachtern festgestellten Wahlfälschungen in der ersten und zweiten Wahlrunde führten dann zu

²³ Vgl. "Minimizing Danube River Pollution through Organic Farming", Bioinstitut, April 2005

massiven Bürgerprotesten. Die AnhängerInnen der Opposition, die für die Wahlkampagne die Farbe "Orange" wählten, schlugen auf dem Kiewer Freiheitsplatz (Majdan Niezawislosti) ein Zeltlager auf und verharren dort, gut vorbereitet und organisiert, in Protest gegen das gefälschte Wahlergebnis, zwei winterliche Monate (November und Dezember) lang. Die ukrainischen Proteste wurden in dieser Zeit durch die internationale Öffentlichkeit unterstützt: Es erkannten weder die Regierung der USA noch die Europäische Union und die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten die gefälschten Ergebnisse der zweiten Wahlrunde und somit den "Sieg" des Kandidaten des Machtlagers Janukovytsch an.

Auf Druck der ukrainischen und internationalen Öffentlichkeit hin beschlossen das Oberste Gericht und das Parlament der Ukraine die Durchführung einer dritten Wahlrunde am 26. Dezember 2004. Bei hoher Wahlbeteiligung (70%) gewann der Kandidat der Opposition, Viktor Juschtschenko, mit einer knappen Mehrheit von 52% (Nach dem amtlichen Ergebnis der Stichwahl vom 24. November 2004 entfielen 49,42 % der Stimmen auf Wiktor Janukovytsch und 46,69 % auf Wiktor Juschtschenko).

Die Ereignisse um die Präsidentenwahlen lösten in der ukrainischen Gesellschaft eine Welle des bürgerlichen Engagements und der Verantwortung für die Zukunft ihres Landes aus. Der Sieg der "Orangenen Revolution" stärkte das kollektive Gefühl, mit dem Ausdruck des gemeinsamen Willens das politische Geschehen beeinflussen zu können. Es ist ein wertvolles Potential, das für die weitere Demokratieentwicklung in der Ukraine eingesetzt werden kann.

2.4.2 Die ersten Schritte des Präsidenten und der neuen Regierung

Kurz nach Juschtschenkos Amtsantritt (23. Januar 2005) und der Bestätigung von Julia Tymoschenko auf das Amt der Ministerpräsidentin durch das ukrainische Parlament (4. Februar 2005), besetzte der neue Präsident die Schlüsselposten in der Regierung mit den ehemaligen Koalitionspartnern der "Orangenen Revolution": Oleh Rybatschuk wurde zum Vize-Ministerpräsidenten mit dem Zuständigkeitsbereich "Europäische Integration", Petro Poroschenko zum Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates und Oleksandr Sinschenko zum Staatssekretär des Präsidenten ernannt. Borys Tarasiuk erhielt das Amt des Außenministers.

Die ersten Schritte der neuen Führung zielten auf die Erfüllung der populärsten Wahlversprechen: Verbesserung der Lage der sozial schwachen Gruppen, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie Bekämpfung von Korruption im Bereich Wirtschaft und der staatlichen Administration.

Das Existenzminimum wurde bereits auf umgerechnet ca. 80\$ angehoben, das Angleichen der Mindestlöhne auf dieses Niveau und die Erhöhung der Sozialleistungen gesetzlich abgesichert. Die neue Regierung bereitete die Überprüfung der Privatisierung von ca. 30 staatlichen Unternehmen vor und hat die Annullierung der am meisten umstrittenen Privatisierung der Firma "Kriworoschstahl" beschlossen. Der Schwiegersohn des damals amtierenden Präsidenten Kutschma, Pintschuk, hatte die Firma zu einem "Vorzugspreis" erworben.

Der neue Präsident löste die 2000 Beamte starke "Präsidialadministration" des ehemaligen Präsidenten Kutschma auf, ersetzte sie durch das "Sekretariat des Präsidenten" und reduzierte

dabei die Zahl der MitarbeiterInnen auf 1200. In der staatlichen Administration wurden ca. 30% der Beamten ausgewechselt.

Dennoch bleibt die Finanzierung der Sozialmaßnahmen, geplant durch den "Neuverkauf" der dubios privatisierten Betriebe oder durch eine Neuverschuldung des ukrainischen Staates, ungeklärt. Unsicher ist vor allem die Umsetzung des Hauptversprechens Juschtschenkos, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (zur Zeit 12%) 5 Millionen neue Arbeitsplätze durch Investitionsmaßnahmen zu schaffen.

Die Maßnahmen lösten ein positives Echo in der ukrainischen Gesellschaft aus. Die Februarumfragen bestätigten einen augenblicklichen Zuwachs des gesellschaftlichen Vertrauens in die politischen Strukturen und Ämter sowie eine Steigerung der Zustimmungswerte für die Handlungen des Präsidenten und der Regierung .

2.4.3 Neuorientierung der Außenpolitik der Ukraine

Der Machtwechsel auf dem Amt des ukrainischen Präsidenten bedeutet einen reellen Paradigmenwechsel im Bereich der ukrainischen Außenpolitik. In einem seiner ersten öffentlichen Auftritte erklärte der neue Präsident Juschtschenko die Integration der Ukraine in die euroatlantischen Strukturen und den Beitritt der Ukraine in die Europäische Union zum strategischen Ziel des Landes. In diesem Zusammenhang erkannten der Präsident und die neue ukrainische Regierung die Notwendigkeit grundlegender interner Reformen (im Bereich Administration, Sozial- Steuer- und Rechtswesen) als Vorbedingung für die engere Integration an die Europäische Union.

Aus der Perspektive der Europäischen Union ist das Ende der "Schaukelpolitik" des früheren Präsidenten Kutschma, der je nach Interessenlage mal mit der "russischen", mal mit der "europäischen Karte" spielte, als positiv zu bewerten. Durch diese konsequente und transparente Orientierung im Bereich der Außenpolitik kann sich die Ukraine für die EU zu einem verlässlichen, stabilen Partner innerhalb Europas entwickeln. Dennoch kommt die Forderung Juschtschenkos nach der Festlegung einer klaren EU-Beitrittsperspektive zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Die Gemeinschaft steht zwischen zwei Erweiterungsrunden (die bislang größte im vergangenen Jahr 2004 und die kommende in etwa zwei Jahren) und ist derzeit mit einer innereuropäischen Diskussionen um die weitere Entwicklung der EU (Debatte um die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei), um Integration und EU-Identität konfrontiert. Insbesondere nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden braucht die Europäische Union Zeit, um innere Differenzen zwischen den Mitgliedsstaaten in den jeweiligen Gesellschaften zu klären und ist daher derzeit nicht bereit, Beitrittsperspektive der Ukraine in Betracht zu ziehen.

Vielmehr ist die Ukraine für die Europäische Union seit der Verschiebung ihrer östlichen Grenze der wichtigste Adressat der EU - Nachbarschaftspolitik. Im Februar 2005 wurde der dreijährige "Aktionsplan EU - Ukraine" (2005-2007) um den so genannten 10-Punkte-Plan ergänzt, in dem u.a. die folgenden Maßnahmen vorgesehen sind: Die Anerkennung der Ukraine als Marktwirtschaft, die Unterstützung der Ukraine bei den WTO-Beitrittsverhandlungen und bei der Durchführung von notwendigen internen Reformen sowie die Einführung von Visaerleichterungen für ukrainische PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und StudentInnen noch im laufenden Jahr. Die EU

und die Ukraine haben sich darauf geeinigt, eine erste Bilanz der Umsetzung des Aktionsplanes bereits nach einem Jahr, also im Frühjahr 2006 zu ziehen.

Präsident Juschtschenko und die neue Regierung sehen in dem Angebot der "gesonderten Partnerschaft" im Rahmen der Nachbarschaftspolitik keine Alternative zum Beitritt in die EU. Die Implementierung des Aktionsplans sei lediglich ein Schritt in Richtung Mitgliedschaft. Außenminister Tarasiuk kündigte den Beginn der offiziellen Beitrittsverhandlungen für 2007/2008 an und schließt bei der unklaren Positionierung der Europäischen Union in dieser Frage die einseitige Antragstellung nicht aus.

2.4.4 Unterstützung für die Regierungspläne auf parteipolitischer Ebene

Für die Durchführung der ambitionierten innen- und außenpolitischen Pläne verfügen der Präsident und die neue Regierung derzeit über die notwendige Stimmenmehrheit im Parlament, die sich aus den Koalitionspartnern der "Orangenen Revolution" zusammensetzt. Es ist ein loser Zusammenschluss von Parteien und parlamentarischen Blöcken (Die Sozialistische Partei von Oleksandr Moroz, der Juschtschenko Block "Unsere Ukraine" und der Block "Julia Tymoschenko" sowie einige unabhängige Abgeordnete), die bei der unterschiedlichen politischen Orientierung lediglich das Anliegen vereint, einen Schlussstrich unter die Ära des ehemaligen Präsidenten Kutschma zu ziehen. Längerfristig kann sich diese Koalition als brüchig erweisen. Selbst in der Beziehung des "Führungsduos" Juschtschenko - Tymoschenko zeigen sich bereits die ersten Risse: Während sich Juschtschenko bei der Überprüfung der Privatisierungen für ein pragmatisches Vorgehen und zahlenmäßige Eingrenzung der zu überprüfenden Fälle (ca.30) ausspricht, treten Julia Tymoschenko und die um sie versammelten politischen Kräfte für eine generelle, breit angelegte Überprüfung von ca. dreitausend Unternehmen ein, wobei ein kompromissloses Vorgehen angestrebt wird.

Juschtschenko, der auf Mehrheitsabstimmungen im Parlament angewiesen ist, hat zunächst etwa ein Jahr Zeit um die wichtigsten Reformen auf den Weg zu bringen. Im März 2006 finden die nächsten Parlamentswahlen in der Ukraine statt, die die Machtverhältnisse erneut verändern können. Somit ist die weitere Unterstützung für Juschtschenko auf der parlamentarischen Ebene unsicher.

Die Parteienlandschaft in der Ukraine, wie in den meisten Transformationsgesellschaften, ist extrem instabil: An den letzten Parlamentswahlen (2001) beteiligten sich 33 Parteien und Wahlblöcke, für die kommenden Wahlen (Frühling 2006) werden sich voraussichtlich ca. 100 Parteien, die die gesetzlichen Bedingungen der Teilnahme erfüllen, registrieren. Für den Einzug ins Parlament reichen 3 Prozent der Stimmen. Die Mehrheiten im Parlament werden von mehreren Parteien (zum Teil gruppiert in "Blöcken") gebildet.

Die Parteien selbst sind keine Fraktionen im "westlichen" Sinne. Sie sind eher als politische "Unterfütterung" der Spitzenkandidaten zu verstehen und haben sich insbesondere unter der Präsidentschaft von Kutschma zu den "Transmissionsriemen" von Partikularinteressen der Wirtschaftsbesitzer und regionalen Wirtschaftsclans entwickelt. Nicht selten "übernahmen" die Oligarchen eine der bereits existenten Parteien oder gründeten eine eigene, um auf der politischen Ebene Instrumente legaler Einflussnahme zur Sicherung ihrer Interessen zu besitzen.

Daher bleiben die Bekämpfung von korrupten Strukturen, Nepotismus und Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft die Haupt Herausforderungen des Präsidenten und der neuen Regierung.

2.4.5 Die Ukrainischen "Grünen"

Die Wurzeln der ukrainischen Grünen Partei liegen in der Protestbewegung um das Thema der Tschernobyl-Katastrophe 1986. Die Auseinandersetzung mit der Atomenergie war damals, als Kritik der Energiepolitik und des Umgangs der sowjetischen Regierung mit den Atomsicherheitsrisiken, ein Politikum und ein wichtiger Faktor in den Unabhängigkeitsbestrebungen der damaligen Sowjetrepublik Ukraine. Die "Grüne Partei der Ukraine" (PZU) entstand kurz nach der Unabhängigkeitserklärung des Landes 1991 aus der Umweltgruppe "Grüne Welt", die sich in den letzten Jahren der sowjetischen Herrschaft mit der Offenlegung der Dimension der Umweltkatastrophe nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl profilierte. Die Partei schaffte den Einstieg in das ukrainische Parlament (1991-94), und der damalige Vorsitzende der ukrainischen PZU, Jurij Sherbak wurde zum Umweltminister der ersten unabhängigen Regierung (1991-92).

In der geänderten politischen Lage verloren Umweltfragen und somit auch die PZU an Bedeutung. In der Legislaturperiode 1994-98 im Parlament nicht vertreten, schaffte die PZU 1998 mit 5,4% den Wiedereinstieg in die Werhovna Rada. Im Juni 2001 übernahm der Vize-Vorsitzende der ukrainischen "Grünen", Sierihyi Kurykin mit der Unterstützung des damaligen Präsidenten Kutschma das Amt des Ministers für Umwelt und Natürliche Ressourcen. Bei einer kurz darauf folgenden Parlamentsabstimmung, die über die Abwahl des Präsidenten entscheiden sollte, gehörte die PZU mit zu den Parteien, die Kutschma unterstützen. Damit hat sich die Parteiführung bei einigen Teilen der Parteibasis und Anhängerschaft kompromittiert. Bis heute meiden Teile der ukrainischen Umweltbewegung die Kontakte mit der PZU. In den Parlamentswahlen im Frühjahr 2002 bekamen die PZU auch einen Denkmittel der WählerInnen: mit einem Ergebnis von nur 1,3% hat die Partei den Einstieg in das Parlament verfehlt. Kurykin blieb in der Regierung als Minister "auf Abruf", bis er im November 2002 aus dem Amt entlassen wurde.

Seit 2002 im parlamentarischen Abseits, ist die PZU jedoch auf der lokalen Ebene in den sog. "Räten" vertreten und verfügt immer noch über eine beträchtliche Mitgliederzahl²⁴. Die Parteistrukturen sind insbesondere in den südlichen Oblastien stark, und die dortigen Mitglieder sehr engagiert. Die PZU will sich an den kommenden Parlamentswahlen (Frühjahr 2006) beteiligen und sich in der Wahlkampagne mit den sozialpolitischen Themen (Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit) profilieren. In der Wahlkampagne der ukrainischen grünen Partei, die runde 20 Jahre nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl stattfindet, wird die Auseinandersetzung mit den Sicherheitsrisiken der Atomenergie voraussichtlich keine Rolle spielen²⁵.

²⁴ laut Aussage des Parteivorsitzenden, Vitalij Kononov vom April 2005 hat die PZU ca. 8.000 Mitglieder.

²⁵ Aussage des Parteivorsitzenden, Vitalij Kononov vom April 2005

2.4.6 Innere Spaltung: Ost- und Westukraine

In der Vergangenheit hat das ukrainische Volk lediglich eine kurze Periode der relativen politischen Selbständigkeit (am Ende des ersten Weltkrieges) erlebt. Erst nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 gelang es der Ukraine, die nationale Unabhängigkeit nachhaltig zu proklamieren. Bis dahin gehörten Teile des heutigen ukrainischen Territoriums vorwiegend Russland und Polen an. Die Jahrhunderte lange Zugehörigkeit zu unterschiedlichen staatlichen Ordnungsstrukturen und Kulturen prägt auch gegenwärtig das Bild des Landes und spiegelt sich in einer gewissen Zweiteilung der Ukraine wider.

In dem wirtschaftlich durch die sowjetischen Strukturen der Schwer- und Grundstoffindustrie dominierten "reichen" Osten lebt vorwiegend die russischsprachige und zum Teil russischstämmige Bevölkerung, die sich geistig-kulturell mit Russland und der russisch-orthodoxen Glaubensrichtung verbunden fühlt. In den überwiegend landwirtschaftlich geprägten "ärmeren" westlichen Landesteilen leben größtenteils Ukrainer, die durch jahrhundert alte Zugehörigkeit zu Polen und vorübergehend zu Österreich-Ungarn in den christlich-abendländischen Kulturkreis eingebunden sind. Muttersprache ist hier Ukrainisch, wenn auch viele Ukrainer durch die Russifizierungspolitik zu sowjetischen Zeiten Russisch sprechen können.

Diese geschichtlich bedingten geistig-kulturellen Unterschiede erklären und beeinflussen die Gegenwart. Sie spiegeln sich in der Positionierung der BürgerInnen zu den Grundfragen der ukrainischen Gesellschaft u.a. bei der besonders für den "jungen" Staat wichtigen Frage der nationalen Identität und Eigenstaatlichkeit wider. So sieht die Westukraine die Eigenstaatlichkeit des Landes in der Abgrenzung von Russland und "Hinwendung nach Europa", während für die BürgerInnen der Ostukraine der Zusammenhang nicht zwingend bleibt und eine zu starke Abgrenzung von Russland eher befürchtet wird.

Auf dieser Differenz wurden die Wahlkampagnen der Präsidentschaftskandidaten Janukowytsch und Juschtschenko in den letzten Wahlen (siehe auch oben) aufgebaut. Sie spiegelt sich auch in den Wahlergebnissen: in 10 der 27 Wahlbezirke, vor allem im Osten und Süden der Ukraine erhielt der Kutschma/Putin Kandidat Janukowytsch eine überwältigende Mehrheit (z.B. 93% in Donezk, 91% in Lugansk und 68% in Charkiv), während der Kandidat der Opposition, Juschtschenko, hauptsächlich in den westlichen und zentralen Oblastien (z.B. mit 93% in Lwiv, 95% in Iwanofrankiwsk und 78% in Kiew) siegte. Die differente Akzeptanz für den "reform- und westorientierten Weg" des neuen Präsidenten wird zwar entgegen den im vorigen Jahr gehegten Befürchtungen nicht zu einer Abspaltung oder Autonomie der Ostukraine von "Restukraine" führen, kann jedoch die Handlungsfähigkeit der neuen Führung beeinträchtigen.

Daher gehört neben der Herausforderungen bei der Umsetzung der ehrgeizigen außen- und innenpolitischen Pläne auch die Konsolidierung der Gesellschaft zu den wichtigsten Aufgaben des neuen Präsidenten. Hier kann die "Orangene Revolution", die einerseits den mentalen Riss entlang der Ukraine bestätigte, andererseits aber ein wichtiger Schritt in der kollektiven Bewusstseinsbildung der ukrainischen BürgerInnen war, als positiver Impuls für die gemeinsame, von beiden Teilen des Landes getragene Identitätsbildung genutzt werden. Die konstruktive Auseinandersetzung mit den innerukrainischen Widersprüchen, der

eigenen und somit auch der Vergangenheit der Nachbarnstaaten, ist hier auch ein wichtiger Faktor für die zukunftsorientierte Gestaltung der gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu Russland und Polen sowie die Positionierung der Ukraine innerhalb Europas.

2.4.7 Wirtschafts- und Sozialpolitik

Im Jahr 2004 hat die ukrainische Wirtschaft mit 12% sehr hohe Wachstumswerte erreicht. Für das Jahr 2005 werden Werte um 6,5 Prozent erwartet.

Die Inflation ist im Jahr 2004 auf 12,3 Prozent angestiegen, im Jahr 2005 soll sie voraussichtlich 9,5% betragen.

Im Laufe der Wahlkampagne hat die abgewählte Janukowytsch -Regierung die minimalen Renten auf 125 UAH angehoben. Um die Erhöhung der Renten aufzufangen, plante das neue Ministerkabinett bis zum 15.03.2005 ein Änderungsgesetz ins Parlament einzubringen, die die Erhöhung der Haushaltseinnahmen ermöglicht.

Infolge des Wirtschaftswachstum, aber zum Teil auch durch die Vereinheitlichung und Senkung des Einkommenssteuersatzes auf 13%, sind die Reallöhne in der Ukraine um durchschnittlich 22,5% gestiegen.

Dennoch gehört die Ukraine mit einem aktuellen Durchschnittseinkommen in Höhe von 589,62 UAH (ca. 97,00 EURO) zu den Ländern mit einem sehr niedrigen Pro-Kopf Einkommen²⁶. Hier birgt auch die regional- und sektorenbedingte Lohnspreizung die Gefahr der Desintegration breiter gesellschaftlicher Gruppen. Laut Angaben des statistischen Amtes werden die höchsten Löhne in den Oblasten, Lugansk, Dniepropiertowsk, Donezk, sowie in der ukrainischen Hauptstadt Kiew (967,43 UAH), die niedrigsten in der Tarnopoler Oblast (388,46 UAH - ca.64,00 EUR) ausbezahlt. Ein Industriearbeiter verdient fast 130 Prozent des Durchschnittseinkommens, wobei der Agrararbeiter lediglich ca. 50 Prozent davon bekommt.

Die Unterschiede in der Einkommenshöhe spiegeln die Teilung Ukraines in den "reicheren" industrialisierten Osten und den "ärmeren" landwirtschaftlich geprägten Westen wider.

Als problematisch gelten die relativ hohe Arbeitslosigkeit (ca. 12%) und eine steigende Inflationsrate (ebenfalls ca. 12%).

2.4.8 Umwelt- und Energiepolitik

Im Ökologiebereich hat die Ukraine mit dem schwierigen Erbe der sowjetischen Industrialisierung zu kämpfen. Zu den wichtigsten Problemen gehört hier die Luft- und Wasserverschmutzung des Donezk-Dniepr- Industriegebietes (das mit die höchsten Verschmutzungswerte in Europa vorweist), die durch die veralteten Anlagen der Chemie-, Metall- und Bergbauindustrie verursacht werden. Dazu kommt die Bekämpfung der Folgen einer der schlimmsten Umweltkatastrophen der früheren Sowjetunion, des Reaktorunfalls im Kernkraftwerk Tschernobyl.

Ein weiteres Problem stellt die geringe Effizienz in der Energienutzung in den öffentlichen und privaten Haushalten dar - Heizenergie und Wasser werden als unerschöpflich angesehen und entsprechend verschwendet. Das Umweltbewusstsein der Gesellschaft ist niedrig und Umweltprobleme haben ebenfalls keinen hohen

²⁶ Nicht berücksichtigt in dieser Statistik sind Handgelder, die ArbeitnehmerInnen üblicherweise zusätzlich zum Lohn erhalten.

Stellenwert auf der Ebene der Politik. Die bestehenden staatlichen Programme im Bereich der Umweltpolitik werden angesichts der Mittelknappheit (aktuell werden 1,3% des Staatshaushalts für Umweltschutzmaßnahmen bereitgestellt) nicht umgesetzt.

Trotz der traumatischen Erfahrungen mit dem Reaktorunglück in Tschernobyl und den bis heute andauernden Folgen (siehe unten) setzt die Ukraine bei der Entwicklung der künftigen Energiepolitik vor allem auf den Ausbau der Atomenergie. Zur Zeit sind 15 Reaktoren in Betrieb, davon sollen die ältesten Anlagen wegen der Sicherheitsvorgaben voraussichtlich bis 2011 abgeschaltet werden. Daher beschloss die ukrainische Regierung im Mai des laufenden Jahres den Aufbau von weiteren 11 Atomreaktoren bis 2030. Demnächst ist die Inbetriebnahme von zwei Kernreaktoren in Rivne und Chmielnicki geplant.

Alternative Lösungsansätze und Maßnahmen bei der Entwicklung künftigen Energiepolitik wie der sparsame Umgang mit Energieressourcen oder die Anwendung von alternativen/erneuerbaren Energien werden unzureichend, hauptsächlich in Fachkreisen diskutiert. Für den Bereich Energieeffizienz und Förderung von erneuerbaren Energien gibt es zwar bereits entsprechende Regelungen in der ukrainischen Gesetzgebung sowie eine in den staatlichen Strukturen verankerte Behörde ("Energieeffizienzkomitee") und staatliche Programme, dennoch fehlt es für erforderliche Fortschritte an Geld. Somit wurde sowohl die Entwicklung alternativer Konzepte als auch das Initiieren und Führen der öffentlichen Debatte größtenteils den im Ökologiebereich tätigen Nichtregierungsorganisationen überlassen.

Im Februar 2004 hat die Ukraine als einer der 141 Staaten das Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Obwohl das Abkommen generell zur Reduktion der Treibhausmissionen innerhalb des Verpflichtungszeitraums 2008-2012 um mindestens 5% unter dem Niveau von 1990 verpflichtet, hat hier die Ukraine neben Russland und Neuseeland "Sonderkonditionen" aushandeln können. Demnach soll die Emissionsbegrenzung im Fall der Ukraine auf dem Niveau des Jahres 1990 bleiben. Dies zu erfüllen dürfte für das Land, dessen Emissionswerte ähnlich wie in den meisten ehemaligen Ländern des Ostblocks aufgrund des Zusammenbruchs der Industrieproduktion nach der Wende bereits unter dem Niveau liegen, relativ problemlos ablaufen. Da die Bestimmungen des Kyoto-Protokolls den Verkauf der Emissionsrechte erlauben, rechnet die ukrainische Regierung mit beträchtlichen Verkaufseinnahmen.

2.4.9 Atomenergie

Fast zwanzig Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl sind von den Folgen immer noch ca. 3 Millionen Menschen und 9 Prozent des ukrainischen Territoriums betroffen.

Im April 1986 explodierte infolge eines misslungenen Experiments einer der vier Blöcke des Kernkraftwerks. Die Katastrophe wurde erst nach zwei Tagen offiziell bekannt gegeben und die Bevölkerung in einem Umkreis von 30 km aus dem Katastrophenherd evakuiert. Erst 1989 wurden weitere 100 000 Menschen umgesiedelt.

Um den verunglückten Block 4 wurde ca. drei Monate nach dem Ereignis eine Betonhülle (Sarkophag) gebaut. Der weitere Block 2 wurde nach einem Brand im Oktober 1991 stillgelegt. Die Abschaltung von weiteren zwei Blöcken, die zuvor von der ukrainischen Regierung und dem Parlament mit dem Verweis auf die Probleme bei der

Energieversorgung des Landes verschoben worden waren, erfolgte erst 1996 (Block 1) und 2000 (Block 3).

Genauere Angaben über die Zahl der Todesopfer infolge der Strahlenbelastung liegen nicht vor. Bekannt ist, dass von 203 Menschen (Feuerwehrleute und Rettungskräfte), die unmittelbar nach der Katastrophe ins Krankenhaus eingeliefert wurden, 31 gestorben sind. Danach wurden noch insgesamt etwa 800 000 Soldaten als sogenannte "Liquidatoren" zu Dekontaminationsarbeiten an dem zerstörten Reaktorenblock eingesetzt, von denen bis heute mindestens 7000 (nach anderen Quellen 15000) gestorben sind. Die Weltgesundheitsorganisation geht von weiteren 125 000 bereits durch die Strahlenbelastung Erkrankten aus dieser Gruppe aus.

Die gesundheitlichen Schäden tragen auch die Bewohner der strahlenbelasteten Regionen: die Quote der Erkrankungen an Lungen- und Magenkrebs ist hier um 30% höher als bei der Bevölkerung der unbelasteten Gebiete. Zudem tritt bei Kindern aus belasteten Gebieten ungewöhnlich häufig Schilddrüsenkrebs auf.

Die 30-Kilometer-Zone rund um das havarierte Kraftwerk bleibt auf unbestimmte Zeit ein fast menschenleeres Sperrgebiet mit unbewohnten Städten und Dörfern. Inmitten der Sperrzone, ca. 6 km vom verunglückten Reaktor entfernt, liegt die Stadt Prypjat, die 1979 im Zusammenhang mit dem Bau des Kernkraftwerkes errichtet wurde. Zum Zeitpunkt der Katastrophe wohnten hier etwa 60.000 Arbeiter des Kernkraftwerkes und ihre Familien. Aufgrund des schleppenden Informations- und Notfallmanagements wurde Prypjat erst 36 Stunden nach dem Reaktorunfall evakuiert. Heute ähnelt die Siedlung einer Geisterstadt: Häuser, Schulen, Kindergärten, Läden stehen fast im Originalzustand leer, im Stadtzentrum, gleich hinter dem Hotel und dem Kulturhaus, befindet sich ein nie benutzter Rummelplatz mit Riesenrad. Er sollte am 1. Mai 1986 zum Feier des Arbeitertages eröffnet werden.

Die Sperrzone wird bis heute vom Militär bewacht. Zur Zeit arbeiten im Sperrgebiet ca. 5 000 Menschen, die tagsüber aus dem ca. 60 km entfernten Slawutycz mit einem Extrazug direkt zum stillgelegten Kraftwerk gebracht werden. In dem verseuchten Gebiet leben auch einige wenige Menschen: Armeeingehörige, Wissenschaftler und ca. 200 "Illegale", meistens alte Menschen, die aus sozialen Gründen in ihre Häuser zurückgekehrt sind.

Die Betonummantelung des verunglückten Reaktors, die mit der Zeit brüchig geworden ist, benötigt einer dringenden Sanierung, die mit westlicher finanzieller Hilfe in Höhe von 715 Millionen US \$ im Herbst des Jahres 2005 beginnen soll. Es handelt sich hier um ein technisch höchst kompliziertes Verfahren, das den Einsatz von Menschen in unmittelbarer Nähe des undichten Sarkophags erfordert. Das Einstellungsverfahren für die Durchführung der Sanierungsarbeiten hat bereits begonnen. Die Bauarbeiter, die Strahlung in Höhe von bis zu ca. 3 400 Einheiten (Norm ist 20 Einheiten) ausgesetzt sind, werden sich im stündlichen Takt ablösen. Für die Arbeiten am Sarkophag werden sie durch speziell angefertigte "Anzüge" geschützt. Trotzdem ist die Arbeit für die Gesundheit sehr bedenklich (auch wenn - für ukrainische Verhältnisse - Spitzeneinkommen in Höhe von ca. 1000 \$ monatlich gezahlt werden).

Kurz nach der Katastrophe bildete sich eine kritische Öffentlichkeit um die Sicherheit der Atomenergie, aus der sich eine Umweltbewegung entwickelt hat. In den Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukraine Ende der 80-er Jahre spielten Umweltthemen, insbesondere die

Auseinandersetzung mit den Sicherheitsrisiken der Atomenergie, als Kritik an der Energiepolitik der damaligen Sowjetunion eine wichtige Rolle. Mit dem Erlangen der Unabhängigkeit 1991 verlor die Umweltproblematik an politischer Tragkraft. Angesichts der Energieversorgungsprobleme des jungen Staates ist der Ausbau der Atomenergie und der Kernkraftwerke zum wichtigsten Element der ukrainischen Energiepolitik geworden.

Auch nach dem Machtwechsel ist von dem Präsidenten und der neuen Regierung keine Änderung der Entwicklungsrichtung im Bereich der Energiepolitik zu erwarten. Derzeit hat die Atomenergie für die Ukraine eine strategische Bedeutung: politisch sichert sie die Unabhängigkeit von den Energielieferungen (Gas- und Erdöl) aus Russland und somit die Unabhängigkeit von dem starken östlichen Nachbarland, wirtschaftlich wird sie als ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsaufschwung (Gewinne aus dem Verkauf der Energie an die EU-Staaten) gesehen, sozialpolitisch garantiert sie das Aufrechterhalten der vorhandenen und Aufbau von neuen Arbeitsplätzen.

Ein Jahr vor dem Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe begrenzt sich die öffentliche Debatte auf die Beseitigung der Unglücksfolgen des Reaktorunfalls im sozialen Kontext. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Atomenergie findet kaum statt: die Sicherheitsrisiken werden mit dem Verweis auf die Entwicklung der technischen Sicherheitsvorkehrungen abgetan.

3 Europäische Union und Europa

3.1 Ein Jahr nach der EU-Erweiterung

Das Jahr 2004 hat mit dem Beitritt der zehn neuen zentral- und südosteuropäischen Mitgliedsländer (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Zypern und Malta) einen bedeutenden Schritt für die Europäische Union und für die alten und neuen Mitgliedsstaaten gebracht. Trotz politischer und sozialer Herausforderungen zeichnet sich ein gutes Jahr nach dem Beitritt vor allem wirtschaftlich ein weitgehend positives Bild, sowohl für die neuen, als auch für die alten Mitgliedstaaten: Mit einem durchschnittlichen Wachstum von 5% im Jahr 2004 (gegenüber 3,7% im Jahr 2003) und einem weiterhin positiven Ausblick schneiden die Beitrittsländer im Vergleich zur EU-15 (2,4% Wachstum) weit besser ab²⁷. Auch die befürchteten administrativen Probleme bei der Auszahlung der Agrarhilfen fielen geringer als befürchtet aus – die erfolgreiche Bewerbung um diese Hilfen steigerten die Einkommen vieler Bauern deutlich. Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Umweltschutz und den Aufbau der Zivilgesellschaft und demokratischer Strukturen haben sich ebenfalls spürbar verbessert. Der Tourismus hat in alle zentral- und osteuropäischen Länder stark zugenommen. Und auch die Befürchtungen der neuen Mitgliedsländer davor, dominiert oder als Mitglieder 2. Klasse wahrgenommen zu werden, scheinen sich nicht zu bewahrheiten. Meinungsumfragen vom Mai 2005 belegen, dass die Menschen in den neuen Mitgliedstaaten mehr Zustimmung zur EU als noch vor dem Beitritt äußern.

Für die EU-15 zeichnet sich wirtschaftlich insofern ein positiver Trend ab, als sich Direktinvestitionen aus den alten Mitgliedstaaten in den neuen Mitgliedstaaten deutlich erhöht haben. Eine von vielen EU-Skeptikern befürchtete Masseneinwanderung in die alten EU-Länder

²⁷Lettland 8,5%, Litauen 6,7%, Estland 6,2%, Slowakei 5,5 und Polen 5,3%).

hat nicht stattgefunden – auch nicht in die Länder, die ihren Arbeitsmarkt bereits liberalisiert haben (Großbritannien, Schweden, Irland).

Die belegbaren wirtschaftlichen Erfolge spiegeln sich jedoch nicht in der Wahrnehmung der Gesellschaften Deutschlands oder Frankreichs wider – die Angst vor dem polnischen Klempner verzerrt die Realität, zeigt aber, dass ein weiterhin starker Diskussionsbedarf in den jeweiligen Gesellschaften besteht. Das haben nicht zuletzt die gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und Holland gezeigt, wenn es hier auch nicht unmittelbar um die im 2004 vollzogene Südoosterweiterung der Union ging.

Dennoch: Das jüngste Eurobarometer (Umfragen zwischen 9. Mai und 14. Juni) zeigt, dass die EU-Bürger generell kritischer in ihrer Einschätzung der EU geworden sind – zwar werden Mitgliedschaft und EU-Institutionen nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber im Vergleich zu Umfragen vom Herbst des letzten Jahres ist ein Absinken des positiven Meinungstrends zur EU zu erkennen. Die EU-Institutionen und die EU Prozesse für den einzelnen Bürger müssen transparenter werden. Nach wie vor erklären jedoch mehr als die Hälfte der EU-Bürger, dass ihre jeweilige EU-Mitgliedschaft eine gute Sache ist – weniger als im Oktober 2004, aber immer noch einer der besten Werte innerhalb der letzten 10 Jahre.²⁸

3.2 EU-Verfassung

Nachdem der Europäische Rat den Europäischen Verfassungsvertrag am 18. Juni 2004 angenommen hatte und dieser am 29. Oktober 2004 von den 25 Staats- und Regierungschefs in Rom unterzeichnet wurde, begann die Phase der Ratifizierung, für die den Mitgliedstaaten 2 Jahre zur Verfügung stehen. Während die meisten Länder den Verfassungsvertrag per Parlamentsentscheid ratifizieren, sahen bzw. sehen Tschechien, Dänemark, Frankreich, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Polen, Portugal, Spanien und Großbritannien ein Referendum vor.

Zwei Wochen nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags in Frankreich (29. Mai) und den Niederlanden (1. Juni) entschieden die EU-Staats- und Regierungschefs auf dem Treffen des Europäischen Rates vom 16. und 17. Juni 2005, den ursprünglich anvisierten Termin für den Abschluss des Ratifikationsverfahrens (1. November 2006), auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Diese „Denkpause“, die auch als Vermeidung eines „Dominoeffekts“ interpretiert wird, ist gleichzeitig eine Absage für ein Nachverhandeln oder Aufgeben des Verfassungsvertrages. Trotz des Beschlusses führte Luxemburg am 10. Juli 2005 ein Referendum durch, das dem negativen Trend entgegenwirkte: Nach 12 erfolgreichen Ratifizierungen bis zum französischen und holländischen „Nein“ sprachen sich 56,5 % der luxemburgischen Wähler für die EU-Verfassung aus und knüpften an die erfolgreichen Referenden und Ratifizierungen in Spanien, Deutschland, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Malta Österreich, der Slowakei, Slowenien, Ungarn und Zypern an.

²⁸ Vgl. Für das genannte Zahlenmaterial Eurobarometer 63: Public Opinion in the European Union:
http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/eb63/eb63.4_en_first.pdf

3.2.1 Polen

In Polen galt das Referendum lange Zeit als sicher: dafür sprachen sich während der Sejmdebatte am 3. Dezember alle im polnischen Parlament vertretenen Parteien einstimmig aus. Strittig blieb der Termin der Volksabstimmung, unterschiedlich die Beurteilung des Verfassungsvertrags.

Die Parteien des linken Spektrums (die regierenden SLD und UP, auch die oppositionelle SDPL) wollten das Referendum möglichst schnell und am besten in Verbindung mit den nationalen Parlaments- oder Präsidentenwahlen durchführen.

Die rechten, oppositionellen Parteien sprachen sich für einen möglichst späten Termin für die Durchführung des Referendums aus.

Die Positionen der einzelnen Parteien gegenüber dem Verfassungsvertrag blieben seit Juni 2004 grundsätzlich konstant: Das linke Parteispektrum (SLD, UP, SDPL) drückte Zustimmung zur Verfassung aus, die rechtsorientierten Parteien äußern hierzu Kritik (PO, PSL) und Ablehnung (PiS, LPR, Samoobrona).

In der Sejmdebatte am 3. Dezember 2004 werteten die VertreterInnen der SLD die Verfassung als stabiles Fundament für das reibungslose Funktionieren der Union und die juristisch-politische Grundlage für die nächste Erweiterung. Die SDPL hielt den Verfassungsvertrag für günstig für Polen und warf den KritikerInnen des Dokumentes „eine verdeckte Ablehnung der EU-Mitgliedschaft insgesamt“ vor.

Die gemäßigte Bauernpartei PSL und die Bürgerplattform sehen in dem Verzicht auf die Nizza-Abstimmungsregelungen eine Schwächung der Position Polens in der EU und bewerten das Fehlen der „invocatio dei“ in der Präambel der Verfassung negativ.

Der Vorsitzende von PIS (Recht und Gerechtigkeit), Lech Kaczynski, formulierte die diesbezügliche Kritik in einem noch schärferen Ton: ohne Gottesbezug in der Verfassung sei die EU „eine Union, in der die Katholiken Bürger der zweiten Kategorie sind, kurz gesagt eine polenfeindliche Union“. Den Verfassungsvertrag bezeichnete Kaczynski als unvereinbar mit der polnischen Verfassung, undemokratisch und schädlich für polnische Interessen. Die Zustimmung zur Verfassung stellt für ihn die Gefahr eines Souveränitätsverlustes für den polnischen Staat dar.

Die katholisch-populistische „Liga der Polnischen Familien“ (LPR) bezeichnete die Zustimmung der polnischen Regierung zum Verfassungsvertrag als „Hochverrat“ und kündigte an, eine Klage gegen den Ministerpräsidenten Belka beim Verfassungsgericht einzureichen. Der Parteichef der LPR, Roman Giertych, forderte den polnischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski auf, den Verfassungsvertrag auf die Übereinstimmung mit der polnischen Verfassung prüfen zu lassen.

„Samoobrona“ schlug vor, die Zeit des Ratifizierungsverfahren für eine Neuaufnahme von Beitritts- und Verfassungsverhandlungen zu nutzen, um Polen eine gleichberechtigte Position innerhalb der EU zu verschaffen.

Die Mehrheit der polnischen BürgerInnen schien von der Kritik des Verfassungsvertrages und den Unkenrufen über den Verlust der Souveränität des polnischen Staates unbeeindruckt zu sein. Die Ergebnisse in Umfragen drückten lange Zeit eine überraschend hohe Zustimmung der polnischen Gesellschaft sowohl für die noch frische EU-Mitgliedschaft, als auch für den Wunsch nach einer Vertiefung der Integration in der Union aus. Diese Werte sind in Folge der

gescheiterten Referenden in Frankreich und Holland freilich abgesunken.

Inzwischen wurde das (fakultative, bindende) Referendum, das nach den Unklarheiten über die Neuwahlen des Sejms (siehe oben) schließlich für den 9. Oktober (Präsidentenwahlen) geplant war, auf unbestimmte Zeit verschoben. Premierminister Belka und Parlamentssprecher Cimoszewicz sprachen sich zwar bis kurz nach dem EU-Gipfel im Juni 2005 weiter für ein Referendum im Herbst 2005 aus. Nach Konsultationen Ende Juni mit ihren EU-Beratern beschlossen aber auch sie eine Verschiebung. Staatspräsident Kwasniewski, der Ende des Jahres aus dem Amt scheidet, erklärte, er werde es seinem Nachfolger überlassen, ein Datum für ein Referendum anzusetzen. Die jetzige Regierung hat jedoch als erste in Europa schnell versucht, die verordnete „Denkpause“ („Plan D“: Dialog, Debatte, Denkpause) konstruktiv zu füllen: Im Rahmen einer halböffentlichen Konferenz an der Warschauer Universität am 23. Juni 2005 schlug Sejmmarschall Włodzimierz Cimoszewicz in einer einleitenden Rede ein europaweites Referendum vor, das in etwa 2 Jahren am selben Tag in allen EU-Ländern stattfinden sollte. Das Referendum sollte eine Art „bürgerlicher Konsultation“ sein, könne und solle jedoch keinen verbindlichen, entscheidenden Charakter haben. Die genaue Fragestellung ließ er offen und stellte sie zur Diskussion – die zugrunde liegende Frage müsse jedoch im breiten Kontext der weiteren EU-Integration stehen. Der Idee lag die Feststellung zugrunde, dass bis jetzt in Europa zu wenig über Europa mit den europäischen BürgerInnen gesprochen und diskutiert wurde. Die fehlende europäische Identität müsse deshalb in einem gesellschaftlichen Dialog gestiftet bzw. weiter entwickelt werden. Am Sonntag, dem 26. Juni erschien ein Interview mit Staatspräsident Kwasniewski in der Bild am Sonntag, in dem er den Vorschlag in ähnlicher Form aufgriff. Auch die Grünen in Deutschland verabschiedeten einen Parteiratsbeschluss, der diese Idee ebenfalls zum Ausdruck brachte.²⁹ Am 15. Juli folgte ein Brief der Präsidenten Deutschlands, Finnlands, Italiens, Lettlands, Österreichs, Polens und Portugals in mehreren europäischen Tageszeitungen, in dem sie die Gesetzgeber der einzelnen Staaten dazu aufrufen, „über Wege nachzudenken, wie sich die Menschen in der EU soweit wie möglich gemeinsam zu europäischen Fragen äußern können“. Dies lässt sich als ein Ansporn verstehen, gleichzeitige nationale oder zentrale europäische Referenden einzuführen, auch wenn der Begriff nicht gebraucht wird.

3.2.2 Tschechien

Die tschechische Debatte über den Verfassungsvertrag wurde sehr spät differenziert geführt, da sich erst im Mai auch die Regierungsbefürworterinnen und -befürworter, hauptsächlich aus den Regierungsparteien, verstärkt an der Diskussion beteiligten.

Václav Klaus hatte schon sehr lange deutlich gemacht, dass er den vorliegenden Verfassungsvertragstext nicht befürwortet und die Gefahr sieht, dass sich die EU bei einer möglichen Ratifizierung als Superstaat in nationale Angelegenheiten einmischen und so die Souveränität der Mitgliedsstaaten angreifen werde. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschien im April ein Interview mit

²⁹ siehe Ankündigung des Parteirats: http://www.gruene-partei.de/cms/themen_europa/dok/73/73468.mit_den_buergern_raus_aus_der_eukrise.htm

Klaus, in dem er sagte, der Verfassungsvertrag berge das Risiko, "dass sich Europa von Demokratie und Freiheit löst". Klaus argumentiert in der Öffentlichkeit gegen eine Vertiefung der EU, spricht sich aber für eine größtmögliche Erweiterung aus: "Türkei, Marokko, Ukraine, Kasachstan - je mehr desto besser³⁰."

Für sein Vorgehen gegen den Vertragstext auf nationaler und internationaler Ebene wurde der Präsident Mitte April 2005 vom Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Vidal-Quadras, sowie dem Vorsitzenden des parlamentarischen Verfassungsausschusses, Jo Leinen, scharf kritisiert. Vidal-Quadras bezeichnete seine Argumente als voreingenommen, anstoßend und lügnerisch. Klaus forderte daraufhin in einem Brief an den Präsidenten des EU-Parlaments Josep Borrell eine Stellungnahme in Bezug auf diese Kritik und eine Entschuldigung der EU-Politiker (die sich freilich nicht entschuldigten). Klaus interpretierte die Vorwürfe als einen weiteren Beweis dafür, dass die EU die nationale Souveränität einzuschränken drohe.

Auch der Vorsitzende der ODS, Mirek Topolánek, kritisierte den EU-Verfassungsvertrag und bezeichnete diesen als eine "unglaubliche Ansammlung von Gefasel"³¹.

Im Januar stimmten die ODS-Abgeordneten und die KommunistInnen im EU-Parlament geschlossen gegen den Verfassungsvertrag (15 der insgesamt 24 tschechischen EU-ParlamentarierInnen sprachen sich gegen die Verfassung aus).

Unmittelbar nach dem Referendum in Frankreich plädierte Václav Klaus für die Einstellung des Ratifizierungsprozesses. Der Premierminister Jiří Paroubek bedauerte das Resultat des französischen Referendums und vertrat beim Gipfel des Europäischen Rates in Brüssel die Ansicht, dass es nötig sei, mit der Ratifizierung fortzufahren, aber dafür mehr Zeit einzuplanen.

In Tschechien ist bisher immer noch keine endgültige Entscheidung darüber gefallen, ob der EU-Verfassungsvertrag durch einen Parlamentsbeschluss und/oder ein Referendum ratifiziert wird. Die Regierungsparteien sprechen sich für ein Referendum aus, stoßen dabei jedoch bei der oppositionellen ODS und dem Staatspräsidenten auf große Ablehnung, da diese den Verfassungsvertrag nach dem "Nein" der Franzosen und Niederländer als "ungültig" bzw. "tot" bezeichnen und eine Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses für sinnlos halten. Als günstigsten Termin für das Referendum empfehlen die Sozialdemokraten 2006/2007 und möchten die Kampagne im Vorfeld des Referendums für eine breite Diskussion über die EU-Mitgliedschaft verbinden (Beitritt zum Schengen-Raum, Einführung des Euros, Nutzung der EU-Fonds).

Die Kommunistische Partei spricht sich derzeit für ein Referendum aus, möchte aber in der vorangehenden Informationskampagne auch die Gegner zu Wort kommen lassen.

3.2.3 Slowakei

Die Slowakei ratifizierte als siebtes EU-Land den Verfassungsvertrag durch eine Abstimmung im Nationalrat am 11. Mai 2005. 116 der 147 anwesenden Abgeordneten stimmten bei 4 Enthaltungen und 27 Gegenstimmen für das Dokument. Die Christdemokraten stimmten gegen den Vertrag mit der Begründung, dass es ihm an Demokratie,

³⁰ Vgl. <http://www.radio.cz/de/nachrichten/64411>, 15.3.2005

³¹ Vgl. <http://www.radio.cz/de/nachrichten/62784>, 26.1.2005

Religiosität und Aufrichtigkeit mangle. Auch die Kommunistische Partei und drei Unabhängige stimmten gegen den Verfassungsvertrag. Vladimír Mečiar, Vorsitzender der Bewegung für eine demokratische Slowakei HZDS, zeigte sich in der Parlamentsdebatte betont optimistisch: Er begrüße die Entstehung der Vereinigten Staaten von Europa und sei davon überzeugt, dass die Slowakei ihre Souveränität behalten werde.

Das slowakische Außenministerium teilte in einer Presseerklärung mit, es sei überzeugt, dass dieses positive Ergebnis ein klares Zeichen für die anderen Mitgliedstaaten sei, die noch vor der Ratifizierung stehen.

Am 29. Juni 2006 gab der slowakische Präsident bekannt, dass er den Vertrag unterschreibe, auch wenn er ihn momentan in dieser Form als "tot" betrachte.

Am 14. Juli entschied das slowakische Verfassungsgericht aufgrund einer eingereichten Beschwerde, den Ratifizierungsprozess zu stoppen. In der Beschwerde wurde kritisiert, dass die slowakische Bevölkerung nicht die Möglichkeit erhielt, sich in einem Referendum für oder gegen den Verfassungsvertrag auszusprechen. Konkret bedeutet dies, dass der slowakische Präsident derzeit den durch das Parlament ratifizierten Vertrag nicht unterschreiben darf.

3.3 GASP und Europäische Nachbarschaftspolitik

Nach der Erweiterung der Europäischen Union und somit der Verschiebung ihrer Außengrenzen nach Osten hat sich die außen- und sicherheitspolitische Debatte innerhalb Europas in der Berichtsperiode auf die Regelung der Beziehungen mit den neuen Nachbarstaaten konzentriert: Auf Basis eines EU-Kommissionsentwurfs von März 2003 unter dem Titel „Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“³² wurde im Mai 2004 das Strategiepapier „Europäische Nachbarschaftspolitik“ vorgelegt³³. Die daraus resultierende Politik wird als Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) bezeichnet und kann als Antwort auf die neue Lage in Europa nach der Süd-Ost-Erweiterung verstanden werden. Ziel der ENP ist zum einen, den neuen Nachbarn ein Angebot zur Kooperation unterhalb der Schwelle des EU-Beitritts zu machen. Konkret wird die Förderung einer stärkeren wirtschaftlichen Integration mit dem EU-Binnenmarkt angestrebt, aber auch eine stärkere Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zum Beispiel bei umwelt- und energiepolitischen Fragen. Dabei unterstützt die ENP gleichzeitig die Ziele der Europäischen Sicherheitsstrategie.

Zum anderen dient die Strategie auch dazu, eine konkrete Alternative für eine (unmittelbare) Beitrittsperspektive zu bieten, wenn auch Interpretationen möglich sind, dass sich eine langfristige EU-Perspektive durch erfolgreiche Umsetzung der Kernelemente der ENP, so genannter Aktionsprogramme, verbessern kann (Nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und Holland wurden diese Hoffnungen jedoch stark gedämpft). Die Aktionsprogramme werden für die einzelnen Nachbarländer formuliert, wobei (gemeinsam mit den jeweiligen Staaten) Prioritäten für die engere Zusammenarbeit festgelegt und die konkrete Umsetzung der Ziele beschlossen werden. Dass die unterschiedlichen Länder dabei unterschiedlich behandelt

³² Siehe: http://europa.eu.int/comm/world/enp/pdf/com03_104_de.pdf

³³ http://europa.eu.int/comm/world/enp/pdf/strategy/Strategy_Paper_DE.pdf

werden, liegt nicht nur daran, dass sie - wie im Falle Russlands - anders behandelt werden wollen (Die Russische Regierung hat es abgelehnt, mit der EU über einen gemeinsamen Aktionsplan im Rahmen der ENP zu verhandeln)³⁴. Je nach Lage und Besonderheit der Nachbarstaaten sind unterschiedliche Prioritäten und Möglichkeiten in der Umsetzung³⁵. Mit Belarus strebt die EU wegen des dort herrschenden autoritären Regimes zurzeit kein gemeinsames Aktionsprogramm an.

Von besonderer Bedeutung ist der Aktionsplan für die Ukraine, da die Ukraine erklärt hat, mittelfristig den Beitritt zur EU anzustreben. Sowohl Polen als auch die Slowakei haben dieses Anliegen in der Vergangenheit unterstützt (siehe auch unten).

3.3.1 Polen

Von Seiten der polnischen Regierung wird die Forderung nach einem Kandidatenstatus für die Ukraine derzeit zwar nur selten offen vertreten (im Gegensatz zu früher). Man ist sich bewusst, dass dies in der derzeitigen Krisensituation, in der sich die EU befindet, nur Wasser auf die Mühlen von westeuropäischen EU-Gegnern wäre und Irritationen in den meisten westeuropäischen Hauptstädten auslösen würde (In osteuropäischen Ländern, namentlich Ungarn, Litauen oder der Slowakei wird jedoch ebenfalls Zustimmung geäußert). Die Anstrengungen von Regierung und Opposition sind deshalb vor allem darauf ausgerichtet, eine ukrainefreundliche Atmosphäre in der EU zu schaffen bzw. zu unterstützen und in offiziellen Dokumenten Formulierungen zu verhindern, die eine Aufnahme der Ukraine in Zukunft definitiv ausschließen würden. Nach einer Umfrage im März 2005 unterstützen 77 Prozent der befragten Polen (ein weit höherer Prozentsatz als in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien) einen EU-Beitritt der Ukraine. Vor diesem Hintergrund wird die ENP von Polen zwar grundsätzlich begrüßt, aber im Bezug auf die Ukraine als nicht ausreichend angesehen³⁶.

Die Bestrebungen der EU, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu vertiefen stießen wie schon 2003 in der Irakdebatte und später im Kontext der Verfassungsdebatte wegen eines befürchteten Souveränitätsverlustes auf große Skepsis in Polen. Diese hat inzwischen bei der (noch) regierenden Linksregierung stark nachgelassen. Vereinzelt werden sogar Stimmen laut, die eine solche Vergemeinschaftung und eine starke Rolle der Kommission in diesem Bereich fordern. Der Grund dafür ist vor allem in der Reaktion Polens und Westeuropas auf die „Orangene Revolution“ zu suchen. Zu einem Zeitpunkt, als - zumindest aus der Sicht Warschaws - der

³⁴ Stattdessen haben die EU und Russland auf ihrem Gipfel 2003 in St. Petersburg beschlossen, im Rahmen ihrer „strategischen Partnerschaft“ vier Politikbereiche (die „gemeinsamen Räume“: Wirtschaft/Energie; Außen-/Sicherheitspolitik; Innere Sicherheit/Recht; Bildung/Kultur) weiterzuentwickeln.

³⁵ Alle Aktionspläne sowie weitere Dokumente und Länderberichte zu den Nachbarstaaten finden sich hier:

http://europa.eu.int/comm/world/enp/document_en.htm

³⁶ Bemerkenswerterweise wurden bei der Erstellung von „Non-Papers“ des polnischen Außenministeriums zum ersten Mal in größerem Umfang auch Nichtregierungsorganisationen in die Arbeit an einem polnischen Nachbarschaftskonzept eingebunden. Offenbar setzt sich die Erkenntnis durch, dass polnische Initiativen in Brüssel mehr Erfolgsaussichten haben, wenn sie von gesellschaftlichen Kräften unterstützt werden.

Einsatz von Gewalt gegen die friedlichen Oppositionsführer Viktor Juschtschenko unterstützenden Demonstranten durch die Regierung Janukovytsch und Präsident Kutschma auf der Kippe zu stehen schien, organisierte Präsident Kwaśniewski eine gemeinsame Vermittlung durch den litauischen Präsidenten Valdas Adamkus und Javier Solana, die nach Kiew flogen. Aus polnischer Sicht (Euroskeptiker und EU-Gegner ausgenommen) bewies dies, dass Polen in der Lage ist, eine künftige europäische Außenpolitik mitzubestimmen, dass die Einschaltung von EU-Institutionen (in diesem Fall Solana) effektiver ist als unilaterale oder bilaterale Initiativen und dass es bei einer gemeinsamen Außenpolitik mehr auf die richtige Initiative zur richtigen Zeit (und damit das Auslösen einer Dynamik) ankommt als auf die Größe eines Landes bzw. die Möglichkeit, im Rat Blockademehrheiten zu schmieden. Tatsächlich hat die polnische Initiative ja eine Dynamik ausgelöst, ohne dass es auch nur zu einer einzigen Abstimmung oder Sitzung des Allgemeinen Rats gekommen wäre. In ähnlicher Weise versucht Polen auch hinsichtlich der Politik gegenüber Belarus, über eine gemeinsame europäische Politik seine Interessen durchzusetzen³⁷.

3.3.2 Tschechien

Die GASP der EU beurteilt das Tschechische Außenministerium als einen wichtigen Schritt und Instrument zur Vertiefung des europäischen und transatlantischen Integrationsprozesses. Auch die ENP wird als ein wichtiges Mittel zur Integration verstanden.

3.3.3 Slowakei

Auch die Slowakei bewertet die GASP sowie die ENP als wichtige Instrumente zur Vertiefung der europäischen Integration. Die Slowakei übernimmt mit ihren Grenzen zu Ländern außerhalb der EU eine bedeutende Rolle ein und ist sich dessen bewusst. Im Rahmen von Slovak-Aid unterstützt die Slowakei demokratische Entwicklungen und möchte ihre Transformationserfahrungen weiter vermitteln. Die Kontakte zwischen slowakischen und ukrainischen bzw. weißrussischen Nichtregierungsorganisation sind schon viele Jahre sehr intensiv und werden auch in Zukunft für beide Länder und ganz Europa von großer Bedeutung sein.

4 Situation der Frauen in den Mitteleuropäischen Ländern

4.1 Frauen nach dem EU-Beitritt - Verbesserung der Situation?

Das (Beitritts)Jahr 2004 kann im frauenpolitischen Bereich als eine Art Zäsur gesehen werden. Es wurde eine gewisse Etappe bei den Bestrebungen für die Verbesserung der Situation der Frauen in der mitteleuropäischen Region im Laufe des Beitrittsprozesses erreicht. Noch vor der Erweiterung am 1. Mai 2004 wurde die EU-Gesetzgebung bezüglich der Gleichstellung von Frauen und Männern in die Rechtssysteme der „Mitgliedschaftsanwärter“, vor allem im Bereich Beschäftigung und Soziales, transponiert.

³⁷ Auf dem 3. Europaratsgipfel in Warschau am 16./17. Mai 2005 wurde Belarus mitunter durch das Drängen der polnischen Regierung ein vorrangiges Thema.

Hier kann die Verankerung des Gesetzes gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz, das jegliche Art der Diskriminierung im Arbeitsverhältnis aufgrund von Geschlecht, sexueller Präferenz, Alter, Rasse, Nationalität, Konfession, Behinderung, oder Gewerkschaftszugehörigkeit verbietet, in den nationalen Gesetzgebungen in Polen, Tschechien und der Slowakei als Beispiel für eine "kleine Erfolgsstory" stehen.

Vor allem ist es gelungen, im Rahmen des Gesetzes auch die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz als Diskriminierung zu definieren und der Begriff als solcher präzise zu bestimmen. Ebenfalls wurde die Beweislegung zugunsten der/des Klagenden verlegt. Im Fall der Anklage, ist der/die Angeklagte verpflichtet, den Beweis zu liefern, dass die Belästigung nicht stattgefunden hat.

In der vorsichtigen Einschätzung der ExpertInnen ist die aktuell (kurz nach der Einführung des Gesetzes) steigende Anzahl von Gerichtsverfahren gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz auf diese Entwicklungen zurückzuführen. Viele Fälle, die von Frauen aus Angst oder Scham lange verschwiegen wurden, traten ans Tageslicht, weil zum einen die gesetzlichen Grundlagen zum Verfolgen und der Verurteilung der Beschuldigten geschaffen wurden und sich unter Frauen langsam das Bewusstsein einstellt, dass in einem EU-Land solche Geschehnisse nicht toleriert werden können. Hier spielen die Medien, die die Prozesse ausführlich kommentierten, eine positive Rolle.

Auch in der Slowakei, besonders in den Großstädten, sind die Arbeitnehmerinnen selbstsicherer geworden und trauen sich, gegebenenfalls den Arbeitgeber wegen Diskriminierung am Arbeitsplatz zu verklagen. Insbesondere große Firmen und ausländische Investoren halten sich an die Bestimmungen des Antidiskriminierungsgesetzes, denn ein Gerichtsverfahren bedeutet einerseits schlechte "Publicity" für die Firma und andererseits eventuelle finanzielle Verluste, falls Entschädigungen bezahlt werden müssen. Nach der Einführung des Gesetzes in der Slowakei im Juni 2004 startete eine slowakische Nichtregierungsorganisation - Slovak National Centre for Human Rights (SNSLP) - eine Nationalkampagne, die sich an die slowakischen Arbeitsämter richtete und ihre MitarbeiterInnen über das neue Antidiskriminierungsgesetz und seine Auswirkungen aufklärte.

Dennoch bleibt die Implementierung der Gesetze in der Praxis eine große Herausforderung. In wieweit die EU-Standards und Normen in den einzelnen Ländern verfolgt und Instrumente zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming genutzt werden, hängt von vielen Faktoren ab: Dem politischen Willen der regierenden Parteien, dem Rang und der Stabilität der für die Umsetzung der Geschlechtergleichstellung zuständigen Gremien innerhalb der staatlichen Strukturen, von den Fachkompetenzen der BeamtInnen und nicht zuletzt von der Stärke der nationalen Frauenorganisationen und der Sensibilität der Gesellschaften für frauenpolitische Interessen.

Sowohl in Polen als auch in Tschechien und der Slowakei gibt es staatliche Ämter und Gremien, die die Umsetzung der Geschlechtergleichstellung unterstützen, wenn auch auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlichen Befugnissen.

4.1.1 Polen

In Polen wurde Anfang 2002, kurz nach der Machtübernahme durch die Demokratische Linksallianz (SLD), bei den Parlamentswahlen im September 2001 das bis dahin für Frauen zuständige "Amt für Frauen,

Familie, Jugend und Sport" in das "Amt des Regierungsbeauftragten für Chancengleichheit für Frauen und Männer" umbenannt. Es ist bei der Kanzlei des Ministerpräsidenten angesiedelt. Die Regierungsbeauftragte hat selbst den Rang einer Ministerin inne. Die bereits existierende, aber eher passive Parlamentarische Frauengruppe begann erneut aktiv zu werden. Der "Gleichstellungs-Ministerin" ist es ebenfalls gelungen, auf Wojewodschafts- (Länder-) und Kreisebene ein Netz von Gleichstellungsbeauftragten zu etablieren. Im Mai 2005 wurde nach mehreren gescheiterten Versuchen die Kommission für den gleichen Status von Frauen und Männern im polnischen Parlament gegründet. Die erste Sitzung dieser Kommission fand im Juni 2005 statt. Bis Juni 2004 hatte die Vize-Vorsitzende der Arbeitsunion (UP), Izabela Jaruga-Nowacka, das Amt der Regierungsbeauftragten inne. Nachdem sie in der neuen Regierung das Amt der Vize-Ministerpräsidentin übernahm, wurde die "freigewordene" Stelle mit Magdalena Sroda, einer parteiunabhängigen Soziologieprofessorin besetzt. Der Wechsel brachte eine neue Dynamik. In ihrer Antrittsrede erklärte Magdalena Sroda die Verbesserung der Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und dadurch die Stärkung der ökonomischen Situation zur Priorität. Kurz darauf startete sie das innovative "Gender Index" - Projekt, in dem untersucht wird, wie Firmen das Prinzip der Vereinbarkeit von Job und Familie realisieren. Darüber hinaus unterstützt ihr Amt Initiativen, die unternehmerische Tätigkeiten von Frauen (Existenzgründung) stärken.

In den vergangenen vier Jahren ist es allerdings trotz der relativ aktiven und einflussreichen Gremien weder gelungen, das in Polen sehr restriktive Anti-Abtreibungsgesetz zu liberalisieren, noch - trotz mehrerer Versuche - die Verabschiedung eines Gleichstellungsgesetzes herbeizuführen, das die Anerkennung von registrierten Partnerschaften beinhaltet. Nach den Parlamentswahlen im September 2005 und der damit verbundenen voraussichtlichen Verschiebung der Machtverhältnisse nach rechts, sind die Aussichten für das weitere Bestehen des Amtes in seiner jetzigen Kompetenzausstattung schlecht: Diejenigen Parteien, die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern als Prinzip in ihren Grundsatzprogrammen formulieren, überwinden bestenfalls die 5 Prozent-Hürde (Demokratische Linksallianz/SLD, Sozialdemokratie Polens/SDPL) oder bleiben in der außenparlamentarischen Opposition (die im April 2005 neu gegründete Union der Linke/UL). Somit wird aller Wahrscheinlichkeit nach der Einfluss der „frauenfreundlichen“ politischen Kräfte in den nächsten vier Jahren sehr gering.

4.1.2 Tschechien

In der Tschechischen Republik ist seit 1998 das Ministerium für Arbeit und Soziales für die Umsetzung der Geschlechtergleichstellung zuständig. Im Juni 2002 entstand im tschechischen Parlament die "Dauerkommission für Familie und Gleichstellungsfragen" und im Oktober 2002 wurde zusätzlich auf den Druck von tschechischen Frauen-NROs der "Regierungsrat für gleiche Chancen von Frauen und Männern" gegründet. Unter der Leitung von Anna Curdova hat der Rat mehrere Vorschläge für die Regierung erarbeitet, u.a. für die Umsetzung von Gender-Budgeting, die Einführung des Paritätsprinzips bei der Besetzung der öffentlichen Gremien sowie die Vorlage zur Verbesserung des Gesetztes gegen Gewalt an Frauen.

Innerhalb der tschechischen staatlichen Strukturen, die für die Umsetzung der Geschlechtergleichstellung zuständig sind, werden

Ansätze des Gender-Mainstreaming vorbereitet und zum Teil praktiziert. In jedem der Ministerien der tschechischen Regierung existieren so genannte "Focal Points". Sie sollen die Umsetzung der Gleichstellung der Geschlechter in den jeweiligen Ministerien überwachen. Das Finanzministerium und das Ministerium für Arbeit und Soziales haben für die BeamtInnen Schulungen über die Bedeutung und Einsatzmöglichkeiten von Gender Budgeting bei der Planung der öffentlichen Haushalte durchgeführt. Das Staatliche Amt für Statistik erarbeitet genderspezifische Statistiken, die in Form einer kompakten Publikation jährlich veröffentlicht werden. Im Rahmen der „Equal-Finanzierung“ werden in der Tschechischen Republik Mittel für Initiativen vergeben, die sich mit der Problematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie beschäftigen.

4.1.3 Slowakei

Nach den slowakischen Parlamentswahlen im Jahr 2002 und der Machtübernahme durch die rechts-konservativen politischen Kräfte beendete die bislang existente "Parlamentarische Frauenkommission" ihre Arbeit. Daraufhin ist die "Kommission für Chancengleichheit und die Stellung der Frauen in der Gesellschaft" als ein beratendes Organ des "Parlamentarischen Ausschusses für Menschenrechte" entstanden. Diese Kommission besitzt keine gesetzgebende Kompetenz. Sie ist jedoch nützlich für Frauen-NROs, die mit Hilfe der Kommission Lobbyarbeit für Änderungen in der Gesetzgebung betreiben. Der Durchsetzung der Chancengleichheit soll die "Abteilung für Chancengleichheit und Antidiskriminierung" dienen, die beim Ministerium für Arbeit, soziale Angelegenheiten und Familie angesiedelt ist. Da sich die Abteilung mit jeglicher Form der Diskriminierung (nicht nur Frauendiskriminierung) befasst, wird ihre Wirkung verwässert. Dennoch ist es der Abteilung im Jahre 2004 gelungen, eine nationale Strategie zur Eliminierung und Prävention von Gewalt an Frauen und in der Familie auszuarbeiten.

Gelder der Europäischen Union für die Verbesserung der Situation der Frauen werden in der Slowakei von staatlicher Seite offenbar genutzt: im Rahmen der Finanzierung des EQUAL-Programms entstand ein slowakisches Nationalprogramm, das zum Ziel hat, geschlechterspezifischer Berufstrennung entgegenzuwirken und somit die Minderung der sozialen Unterschiede zwischen Frauen und Männern zu unterstützen. Das Programm entstand auf der Basis der Konsultationen von Vertreterinnen slowakischer Frauenorganisationen, die bei der Umsetzung des Programms Unterstützung leisten.

4.2 Frauen der mitteleuropäischen Beitrittsstaaten und die EP-Wahl

Die Frage der Geschlechtergleichstellung spielte in den Wahlkampagnen der Parteien der Region keine Rolle. Gender-sensibles Denken ist bei den Parteien in Polen, Tschechien und der Slowakei im Allgemeinen nach wie vor nicht oder nur wenig präsent. Nur wenige Parteien der mitteleuropäischen Länder quotieren die Zahl von Frauen und Männern bei der Erstellung der Wahllisten: In Polen haben nur die "Sozialdemokratische Linksallianz" (SLD), die "Freiheitsunion" (UW) und die "Arbeitsunion" (UP) ein Quotensystem, das den Frauenanteil von mindestens 30% auf den Wahllisten garantiert. Lediglich die polnischen Grünen (Zieloni 2004), vor kurzem entstanden und auf dem politischen Parkett z.Zt. bedeutungslos, benutzten bei der Erstellung der Wahllisten das Paritätsprinzip. In

Tschechien haben nur zwei, in der Slowakei keine der Parteien ein Quotensystem.

Zur niedrigen Wahlbeteiligung bei den Europawahlen trugen aus frauenpolitischer Sicht ungenügende Kenntnisse über die Rolle und das Funktionieren des EU-Parlaments als Instrument zur Durchsetzung der partikulären Interessen einzelner Gesellschaftsgruppen bei. Dem versuchten die regionalen Frauen-NROs z.B. mit der mitteleuropäischen Bildungs- und Informationskampagne "Give women the voice" entgegenzuwirken. Wegen des mangelnden Interesses der Medien für diese Kampagne konnten ihre Inhalte jedoch nur bedingt einer breiteren Öffentlichkeit vermittelt werden.

Die Befürchtungen frauenpolitisch engagierter Gremien, dass mit dem Beitritt der 10 neuen Länder die Durchsetzung von Fraueninteressen geschwächt wird, bewahrheiteten sich zum Teil: mit den erreichten 30 Prozent ist die Frauenquote im neu gewählten EU-Parlament im Vergleich zum Frauenanteil im Parlament der vergangenen Wahlperiode (31 Prozent) geringfügig gesunken. In diesem Kontext war es enttäuschend, dass so wenige Frauen aus den drei genannten Ländern ins EU-Parlament gewählt wurden. Insgesamt bekamen polnische Frauen 7 von 54 Sitzen. Deutlich besser schnitten die slowakischen Frauen (5 von 14) und die Tschechinnen (5 von 24) ab.

Die Repräsentanz der neuen Parlamentarierinnen im EU-Parlament wird jedoch dadurch relativiert, dass viele der Vertreterinnen Parteien angehören, die in geschlechterspezifischen Fragestellungen entweder für konservative Werte eintreten oder die Durchsetzung von Fraueninteressen nicht zu ihren politischen Prioritäten zählen. Für Aufsehen sorgte auch die Wahl der Vorsitzenden des parlamentarischen Ausschusses für Frauenrechte und Chancengleichheit, des Gremiums im Europäischen Parlament, das seit seinem Bestehen beachtenswerte Fortschritte in der Frauenpolitik erzielte. Die Slowakin Anna Zaborska vertritt als Mitglied der Christdemokratischen Bewegung (KDH) traditionelle Ansichten über die Rolle der Frau ("Frauen sollen sich um Kinder kümmern") und ist in der Slowakei wegen einer ablehnenden Haltung gegenüber Homosexuellen bekannt. Es wird befürchtet, dass der EP-Ausschuss für Chancengleichheit unter der konservativen Leitung von Zaborska an Wirksamkeit verliert. Daher werden Versuche unternommen, einen Teil der Aufgaben des Ausschusses in andere zu verlagern, z.B. in den Ausschuss für soziale Fragen.

4.3 Frauen - Nichtregierungsorganisationen (NROs) in der Region

Frauenorganisationen in Polen, der Slowakei und Tschechien haben sich vom Prozess der Beitrittsverhandlungen mehr Impulse für die Verbesserung der Situation der Frauen erhofft. Es bleibt abzuwarten, wie schnell die Wahrnehmung von Themen wie Gender Mainstreaming in den Gesellschaften der drei Länder voranschreitet und ob eher ein mangelnder oder präserter politischer Wille der regierenden Parteien diese Prozesse beschleunigen oder verlangsamen wird.

Für die Frauen-NROs der neuen EU-Mitgliedstaaten bedeutet der EU-Beitritt eine Umstellungsphase. Zumindest vorübergehend sind Probleme mit der Finanzierung der Organisationsstrukturen und der Aktivitäten zu erwarten. Die bisherigen Förderer, beispielsweise die großen amerikanischen Stiftungen (Soros Foundation, Batory-Stiftung, Ford Foundation), sowie die deutschen politischen Stiftungen und die Stiftungen anderer europäischer Länder kürzen ihre Finanzmittel für die Region mit dem Argument, dass mit dem Beitritt an die EU ein gewisser Grad der Demokratisierung und Entwicklung der

Zivilgesellschaft erreicht sei. Die dadurch „frei“ gewordenen Mittel werden für die Unterstützung der Demokratieentwicklung in den Staaten jenseits der östlichen EU-Grenze eingesetzt (z.B. in Belarus).

Zugleich eröffnet die EU-Mitgliedschaft in der EU neue Quellen der Finanzierung. Das EU-Programm EQUAL, das in den neuen EU-Ländern eingesetzt wird, spielt hierbei für Frauenorganisationen eine wichtige Rolle. Einige der Frauen-NROs (u.a. die PartnerInnen der HBS: Zentrum für Gender Studies in Tschechien und ASPEKT in der Slowakei) profitieren bereits von finanziellen Ressourcen des Programms.

EU-Mittel sollen insbesondere die internationale partnerschaftliche Zusammenarbeit und regionale Vernetzung fördern. So bestand eines der Hauptinteressen von Frauenorganisationen im Kennen lernen von und Erfahrungsaustausch mit anderen europäischen Frauen-NROs sowie die Kooperation bei der Bearbeitung und Diskussion unterschiedlicher frauenpolitischer Fragestellungen. Hierzu ist festzustellen, dass die Kenntnisse der Frauenorganisationen aus den „alten“ und „neuen“ Mitgliedstaaten übereinander, sowie über die Entwicklungen der Frauenbewegungen in den jeweils anderen Ländern zur Zeit noch relativ gering sind. Eine Plattform für Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit bietet im Laufenden jedoch die Beobachtung und Implementierung der Pekinger Aktionsplattform sowie die Auswertung bisheriger Strategien für die Durchsetzung frauen- und genderpolitischer Interessen.

Als indirekter Einfluss des Erweiterungsprozesses und der Annäherung an die EU kann die Auseinandersetzung mit den Ansätzen und Instrumenten der frauenpolitischen Strategien der EU verstanden werden. Innerhalb der letzten zwei Jahre war das Entstehen von neuen oder die Spezialisierung bereits existierender Frauen-NROs in unterschiedlichen Bereichen des Gender-Mainstreamings zu beobachten. Die Einführung von Gender Mainstreaming-Ansätzen und Instrumenten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu beobachten (Effektivitätsmonitoring), sehen Vertreterinnen von Frauenorganisationen als eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre an.

5 Minderheiten

5.1 Die Situation der Roma

Seit der Erweiterung der Europäischen Union stellt die Roma-Minderheit die größte ethnische Minderheit der EU dar und ist gleichzeitig eine der ärmsten Minderheiten, die in Europa lebt. Ihre Anzahl wird in Europa auf 8 bis 12 Millionen geschätzt. Die Mehrheitsbevölkerung in allen europäischen Staaten hat ihnen gegenüber extreme Vorurteile. Aktuelle Umfragen ergaben, dass 75% der tschechischen Bürger keine Roma als Nachbarn möchten. 63% der Tschechen gaben in einer Meinungsumfrage des Meinungsforschungsinstituts STEM im April 2005 an, eine "leicht oder eindeutig ablehnende Beziehung" zur Roma-Minderheit zu haben, nur 5% gaben eine "gute oder sehr gute Beziehung" an. Diese Werte liegen etwas unterhalb der 73%, die 1994 in einer ähnlichen Umfrage festgestellt wurden. In Städten und Gemeinden nimmt die Bildung von Ghettos vor allen Dingen in der Slowakei, aber auch in Tschechien zu.

Die Situation der Roma-Frauen stellt sich besonders problematisch dar. Sie sind im doppelten Sinne, als Roma *und* als Frauen in allen

Lebensbereichen mehrfach benachteiligt. Am 28. Juni 2005 präsentierte die tschechische Nichtregierungsorganisation Athinganoi im Europäischen Parlament eine Studie, die verdeutlicht, dass Roma-Frauen in der Tschechischen Republik schwer Zugang zum Arbeitsmarkt finden und ihre Teilnahme am öffentlichen Leben minimal ist.

5.1.1 Schulwesen

Eines der Hauptprobleme der Integration der Roma-Minderheit liegt im Ausbildungswesen. Viele Roma-Kinder besuchen Sonderschulen oder sind überhaupt nicht in einen schulischen oder vorschulischen Kontext eingebunden.

In der Tschechischen Republik gilt seit dem 1. Januar 2005 ein neues Schulgesetz, das gleiche Chancen im Ausbildungswesen ermöglichen soll. Seit Januar 2005 wird nicht mehr zwischen "Grundschulen" und "Sonderschulen" unterschieden, formal existieren letztere nicht mehr. Im Rahmen der Grundschulausbildung (9 Jahre) sollen die Bedingungen dafür geschaffen werden, dass allen Schülerinnen und Schülern gemäß ihrer individuellen Bedürfnisse eine Ausbildung ermöglicht wird und auch Kinder aus einer "sozial und kulturell benachteiligten Umgebung in den Hauptstrom der Ausbildung" integriert werden.

5.1.2 Auswirkungen von Sozialreformen auf die Roma-Minderheit

In der Slowakei wurde die Sozialreform 2003 verabschiedet, in Tschechien verabschiedete das Kabinett 2005 ein Gesetz über materielle Not und eine Gesetzesnovelle über das Existenzminimum (s.o.). Am härtesten treffen die Reformen die Roma-Minderheit, da sie die Mehrheit der SozialhilfeempfängerInnen bilden.

Am 17. Mai 2005 wurde die Slowakei vom Vorsitzenden des Europäischen Roma-Forums, Rudko Kawczynski, für ihre Sozialpolitik kritisiert, die nach Befürchtungen internationaler Roma-Organisationen zum Beispiel für andere Staaten werden könnte. In der Slowakei leben derzeit ca. 400.000 Roma, unter denen die Arbeitslosenquote in vielen Gemeinden 90 Prozent³⁸ erreicht.

5.1.3 Decade of Roma-Inclusion

Diese Dekade betrifft den Zeitraum von 2005 bis 2015 und ist eine Initiative neun mittel- und osteuropäischer Länder. Die Dekade stellt die erste internationale Initiative dar, die die Situation der Roma in Europa verbessern will. Sie dient als Rahmen für Maßnahmen der Regierungen und hat zum Ziel, die Fortschritte im Bereich der sozialen Integration und der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Roma in der ganzen Region zu verfolgen und zu fördern. Sie ist somit ein Instrument zur Lösungsfindung und Auseinandersetzung mit der Herausforderung europaweit. Jede Regierung definiert eine gewisse Anzahl messbarer nationaler Ziele in den Bereichen Ausbildung, Beschäftigung, Gesundheitswesen und Wohnen. Weiter gibt es drei Querschnittsthemen: Armut, Diskriminierung und Geschlechterdiskriminierung. Das Projekt wird von der Open-Society (Soros), Weltbank, EU-Kommission, OSZE, dem Entwicklungsprogramm der UNO, dem Europäischen Rat und von VertreterInnen internationaler Roma-Organisationen unterstützt und gefördert.

³⁸ Vgl. http://www.romea.cz/index_k2005.php?id=servis/z2005_0373, 17.5.2005

5.1.4 Resolution des Europäischen Parlaments

Am 28. April 2005 verabschiedete das Europäische Parlament die "Entschließung zur Lage der Roma in der Europäischen Union". Ausgangspunkt dieser Resolution ist die Notwendigkeit, das "Anliegen der Roma auf gesamteuropäischer Ebene zu behandeln, (...)." Alle Mitgliedsstaaten werden dazu aufgefordert "Initiativen zur Stärkung der Selbstvertretung der Roma sowie ihre aktive Teilnahme am öffentlichen Leben und in der ganzen Gesellschaft zu unterstützen und den Roma-Organisationen die Möglichkeit zu bieten, sich Gehör zu verschaffen."³⁹

5.1.5 Umgang mit Vergangenheit: Völkermord an den Sinti und Roma

In den letzten Monaten wurden in der Tschechischen Republik die Diskussionen um das ehemalige Konzentrationslager in Lety u Písku, auf dessen Gelände heute eine Schweinegroßmast betrieben wird, wieder aufgenommen. Grund dafür war vor allem die Ausstellung im EU-Parlament mit dem Titel "Lety: Die Geschichte eines verschwiegenen Völkermords", die von Milan Horáček (MdEP) initiiert und am 19. April 2005 eröffnet wurde.

In der Resolution des Europäischen Parlaments zur Lage der Roma in der Europäischen Union vom 28.4.2005 wird erwähnt, dass "der Holocaust an den Roma entsprechend der Schwere der Nazi-Verbrechen, deren Ziel es war, die Roma in Europa physisch zu vernichten, voll anerkannt werden muss". Weiter werden in diesem Dokument die "Kommission und die Behörden" dazu aufgefordert, "alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, damit die Schweinefarm auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Lety u Písku eingestellt und eine würdige Gedenkstätte eingerichtet wird (...)"⁴⁰. Die Resolution wurde von tschechischen Politikerinnen und Politikern sehr unterschiedlich aufgenommen und bewertet.

Am 14. Mai 2005 erschien in einer tschechischen Tageszeitung ein Interview, in dem sich der Präsident Václav Klaus zu dem ehemaligen Konzentrationslager wie folgt äußerte: "Ich glaube, dass das objektive Problem wirklich um einiges komplizierter ist, als es trivialisiert wird. Es zeigt sich, dass es mit diesem Lager komplizierter ist. Dass es ursprünglich ein Arbeitslager für diejenigen war, die es ablehnten zu arbeiten. Bei weitem nicht nur für Roma"⁴¹. Diese Äußerung hat auch international Empörung ausgelöst. Das tschechische Kabinett gab Ende Mai 2005 bekannt, dass es mit dem Besitzer der Schweinefarm verhandeln und gemeinsam mit dem Menschenrechtsbeauftragten der Regierung, Svatopluk Karásek, sowie mit Roma-Organisationen nach einer geeigneten Lösung suchen wolle.

6 Ländliche Entwicklung in Polen im Kontext der EU-Agrarpolitik

Im Bereich „Ländliche Entwicklung“ waren die Entwicklungen vor allem von dem erfolgten Beitritt Polens zur Europäischen Union und den damit verbundenen Neuerungen geprägt.

Der ländliche Raum in Polen macht 93% der Gesamtfläche aus, 38,2% der Bevölkerung wohnen dort. Die Landwirtschaft stellt für 17% der Einwohner im ländlichen Raum die wichtigste Einkommensquelle dar und

³⁹ Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Lage der Roma in der Europäischen Union, 28.4.2005

⁴⁰ ebenda

⁴¹ Lidové noviny, 14.5.2005, Seite 11

ist damit nach wie vor erster Arbeitgeber. Sie wirkt dabei als sozialer Puffer, indem sie Arbeitslose und Arbeitssuchende absorbiert. Dieser Trend wird auch deutlich in der statistisch zu beobachtenden Migration von der Stadt auf das Land. Die Ursachen hierfür liegen einerseits in wachsenden wohlhabenden "grünen Gürteln" rund um die Städte, andererseits aber auch in mangelnden Perspektiven in den städtischen Zentren, die zu einer Rückkehr in ländliche Regionen führen, wo ein "Überleben" auch ohne Arbeit einfacher ist.

Im Kontext des EU-Beitritts besteht das Risiko einer weiterer Marginalisierung des ländlichen Raumes, der generell von höherer offizieller und versteckter Arbeitslosigkeit, von deutlich schlechteren Bildungschancen, von mangelnder technischer Infrastruktur sowie mangelnder Ausstattung mit neuen Technologien, schlechterer Gesundheitsversorgung und deutlich niedrigerem Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zu den Städten gekennzeichnet ist. Es besteht die Gefahr, dass sich der Abstand zwischen den schwachen ländlichen Regionen und den sich durch die EU-Integration dynamisch entwickelnden städtischen und industriellen Zentren vergrößert. Andererseits bieten umfangreiche Finanztransfers speziell in die Landwirtschaft, aber auch in den ländlichen Raum als solches die Chance für eine beschleunigte Entwicklung dieser Regionen. Ein Grundproblem besteht allerdings darin, dass es keine Vision über die anzustrebende Richtung und die Zukunft des ländlichen Raumes zu geben scheint. Die durch EU-Mittel finanzierte aktuelle Entwicklung orientiert sich dementsprechend nicht an einer Vorstellung vom ländlichen Raum als solches, sondern wird im Wesentlichen durch die Anpassung an die aktuell vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten bestimmt⁴².

Auch das zuständige Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung konzentriert sich darauf, die entsprechenden Dokumente und Vorlagen für eine Verwendung der EU-Mittel zu schaffen und eine möglichst hohe Absorption dieser Mittel zu erreichen. Im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik lag der Schwerpunkt hier eindeutig auf den verhältnismäßig leicht zu verwaltenden Direktzahlungen an Landwirte. Mit leichter Verzögerung gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan konnte der Minister im Juli 2004 verkünden, dass 85% der registrierten Landwirte Direktzahlungen beantragt hatten, die Auszahlung der Gelder begann im Oktober 2004. Diese Finanztransfers an die Landwirte, in Verbindung mit steigenden Preisen für einige landwirtschaftliche Produkte insbesondere in der Viehhaltung, führten zu einer deutlich positiven Grundhaltung der Bauern gegenüber dem Beitritt zur EU.

Gleichzeitig wurden nach und nach verschiedene Programme im Bereich ländlicher Entwicklung aktiviert. Im Rahmen des "Planes für die Entwicklung der ländlichen Regionen" stehen im Zeitraum 2004 - 2006 3,6 Mrd. Euro, davon 2,8 Mrd. aus EU-Mitteln, für Maßnahmen wie "Frührente für Landwirte" oder "Agro-Umweltmaßnahmen" zur Verfügung. Ein Teil der Gelder, rund 700 Millionen Euro, werden entsprechend der Prioritäten der polnischen Regierung für eine Aufstockung der

⁴² Dies scheint sowohl für die Politik, als auch für lokale Gemeinschaften, und erst recht für die Gesellschaft als ganzes zu gelten. So steht zu befürchten, dass mit Hilfe von EU-Geldern eine Entwicklung finanziert wird, die nicht nachhaltig und auch in sich nicht stimmig ist, und auf mittlere Sicht zu Lasten der natürlichen Umwelt, existierender Traditionen sowie letztlich der lokalen Gemeinschaften als solches, oder auch des gesellschaftlichen Zusammenhaltes geht

Direktzahlungen an polnische Landwirte verwendet. Im Rahmen des "Sektorbezogenen Operationsprogramms Restrukturierung und Modernisierung der Lebensmittelwirtschaft sowie Ländliche Entwicklung" sind für den selben Zeitraum 1,7 Mrd. Euro reserviert, von denen inzwischen 17% durch Verträge mit den Benefizienten gebunden sind, allerdings wurden bereits 76 % der Mittel beantragt. Im Rahmen dieses Programms werden u.a. Zuschüsse für junge Landwirte vergeben, Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe gefördert sowie Gelder für "Dorferneuerung" und das Programm „Leader+“ bereitgestellt.

Engagierte Wissenschaft und Zivilgesellschaft sehen die Chance für den ländlichen Raum vor allem in bottom-up Initiativen und einer Entwicklung von unten. Das "Sozialkapital" des ländlichen Raums, d.h. die Fähigkeit der Menschen zusammenzuarbeiten und auch formale Bindungen einzugehen, war hier das Schlagwort des Jahres 2004/2005. Nichtregierungsorganisationen sowie engagierte Wissenschaftler setzen deswegen insbesondere auf das Programm "Leader+", das bottom-up Initiativen fördert und auf Partnerschaften zwischen dem staatlichen und privaten Sektor sowie Nichtregierungsorganisationen im Ländlichen Raum aufbaut. Während die Nichtregierungsorganisationen mittels 10 ausgebildeter Trainer, und demnächst rund 100 Animatoren über ein sehr solides Wissen über dieses Programm verfügen und die Umsetzung vor Ort aktiv voranbringen, wurde die tatsächliche Realisierung durch Verzögerungen im Ministerium sowie den Ausführungsorganisationen massiv verschoben. Inzwischen ist die Ausschreibung für die erste Phase des Programms abgeschlossen und die Verträge zwischen den lokalen Initiativen und dem Ausführungsorganisation FAPA werden voraussichtlich im August unterschrieben. In der ersten Phase stehen Gelder für die formale Etablierung einer aus drei Sektoren bestehenden "lokalen Partnerschaft" und die Ausarbeitung einer "Integrierten Ländlichen Entwicklungsstrategie" zur Verfügung. Das Ministerium, das diesem auf bottom-up Prozessen aufbauenden Programm zunächst skeptisch gegenüberstand, hat inzwischen die Notwendigkeit einer entsprechenden Verwaltung auch dieser EU-Mittel eingesehen und wird die personellen Ressourcen hierfür demnächst verstärken⁴³.

Das Forum für Ländliche Entwicklung "FAOW" - ein Zusammenschluss von inzwischen rund 60 NRO und lokalen Initiativen im Bereich ländlicher Entwicklung - stellt nach wie vor einen wesentlichen Akteur in diesem Bereich dar. Gegenwärtig wird eine stärkere Formalisierung des Forums vorbereitet, mit dem Ziel, auch von den staatlichen Stellen stärker als Gesprächspartner anerkannt zu werden. Voraussichtlich wird das Forum im Herbst als Dachverband registriert.

Die bisher fehlende Debatte um die Zukunft des ländlichen Raums wurde im Mai 2005 durch eine Publikation zum Thema "Polens ländlicher Raum 2025 - eine Vision", sowie eine gleich lautende Konferenz eingeleitet. Initiatoren des Projektes waren der "Fonds für Zusammenarbeit", hier namentlich Urszula Budzich-Szukała, sowie

⁴³ Als "Durchbruch" in diesem Bereich galt die vom Amt für das Komitee der Europäischen Integration in Auftrag gegebene Untersuchung über die Absorptionsfähigkeit von Leader-Programmen, sowie die anschließende Konferenz, auf der Landwirtschaftsminister Olejniczak zum ersten Mal öffentlich erklärte, er sei in den letzten Monaten zu "Leader" überzeugt worden, und unterstütze den Ansatz.

Prof. Jerzy Wilkin vom Institut für ländliche Entwicklung und Landwirtschaft der polnischen Akademie der Wissenschaften. Die Diskussion soll durch weitere Publikationen, Konferenzen und Austausch über das Internet weitergeführt werden.

Auf EU-Ebene war das letzte Jahr von der Diskussion um den nächsten Programmplanungszeitraum 2007 - 2013 geprägt. Die Kommission hatte am 14.7.2004 einen Vorschlag für einen neuen "Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung" präsentiert. Dieser fasst Mittel der bisherigen "2. Säule" der Agrarpolitik zusammen und soll entsprechend der im folgenden genannten Ziele aus drei Achsen bestehen: (1) Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, (2) Umwelt und Landmanagement und (3) Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft. Für die einzelnen Achsen sollten nach Vorstellung der Kommission jeweils mindestens 15%, 25% und 15% der Mittel des Fonds verwendet werden. Eine vierte Achse bilden Ansätze, die nach dem Leader-Prinzip verwaltet werden - dies sollte für mindestens 7% der Mittel gelten. Am 20. Juni einigten sich die Agrarminister der EU auf eine entsprechende Verordnung, wobei die Mindestquoten gegenüber dem Kommissionsvorschlag auf 10%, 20% und 10% für die drei Achsen reduziert wurden. Für Leader-Ansätze sind 5% in den alten Mitgliedsstaaten und 2,5 ansteigend auf 5% im Jahr 2013 in den neuen Mitgliedsstaaten vorgesehen.

Die wesentliche Diskussion drehte sich jedoch nicht um die Verteilung innerhalb des Fonds, sondern um die Finanzmittel der Europäischen Union im Zeitraum 2007 - 2013 insgesamt. Die Kommission hatte zu Beginn 2004 einen Haushalt der EU auf dem Niveau von ansteigend bis zu 1,14% des Bruttoinlandsproduktes der Mitgliedsstaaten im Jahr 2013 vorgeschlagen. Die Nettozahler, darunter Deutschland, hatten auf eine Ausgabenbeschränkung auf dem Niveau von 1% BIP gedrängt. In diesem Rahmen bewegte sich die Diskussion, die zusätzlich von diversen Einzelinteressen der Mitgliedsstaaten über die Mittelverteilung geprägt war.

Die Ausgaben für die erste Säule der Agrarpolitik, insbesondere die Direktzahlungen, waren im Herbst 2003 auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen Schröder und Chirac bis 2013 "eingefroren" worden. Dieser Beschluss kann von den Staats- und Regierungschefs einstimmig geändert werden und bedeutet, dass die Ausgaben für die erste Säule zunächst unabhängig vom gesamten Finanzbudget der EU bis 2013 bereits beschlossen sind. Eine Reduzierung der Mittel gegenüber dem Kommissionsvorschlag muss dementsprechend automatisch zu Lasten des vorgeschlagenen ländlichen Entwicklungsfonds gehen, zumal dieser politisch derzeit nicht mit anderen als wichtig erachteten Aufgaben der EU konkurrieren kann. Kürzungen von bis zu 40% gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag wurden befürchtet. Die wesentliche Sorge der Akteure im Bereich Ländliche Entwicklung galt daher dem Gesamtbudget der Europäischen Union für 2007 - 2013, wobei ein Haushalt auf Grundlage des Kommissionsvorschlages angestrebt wurde. Darüber hinaus wurde in der Diskussion stärker als bisher versucht, die Bedeutung der ländlichen Entwicklung für die Gesellschaft als ganzes deutlich zu machen. Die Notwendigkeit einer gelungenen ländlichen Entwicklung für die Erreichung der Ziele von Göteborg und Lissabon (Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit) wird dabei von diversen Akteuren immer stärker betont. Mitte Juni scheiterten die Finanzverhandlungen in der EU, so dass die Frage der Finanzmittel für den ländlichen Raum ab 2007 zunächst offen bleibt. Unabhängig davon wurde mit einem Vorschlag für strategische Leitlinien der Europäischen Kommission für die Entwicklung des ländlichen Raumes

2007 - 2013 die Diskussion um die konkrete nationale Ausgestaltung der ländlichen Entwicklungspolitik 2007 - 2013 eingeleitet.

7 Ausblick

Während der „Denkpause“, die nach dem Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden beschlossen wurde, werden die politischen Eliten zur Reflexion über die Vermittlungsdefizite der „Vision Europa“ an die BürgerInnen aufgefordert. Die Gesellschaften der EU-Mitgliedstaaten stehen im kommenden Jahr insgesamt vor der Aufgabe, die Entwicklungsrichtung der EU und das Tempo stärker, engagierter und bewusster zu bestimmen. Hier gilt es, die demokratische Legitimierung der weiteren EU-Vertiefung und -Erweiterung zu unterstützen, indem man die Partizipation der BürgerInnen an diesen Prozessen stärkt.

Die Debatten im außenpolitischen Bereich werden in der erweiterten EU-25 anders verlaufen: hier müssen die „alten“ EU-Mitgliedsstaaten mit einer deutlichen und differenten Positionierung der mitteleuropäischen Länder insbesondere in Bezug auf die Beziehungen zu den östlichen EU-Nachbarn rechnen.

Nicht zuletzt prägen die Erfahrungen der Nachkriegszeit und die aufoktrozierte Abhängigkeit von der kommunistischen Sowjetunion auch das aktuelle Verhältnis der ehemaligen „Ostblockländer“ zu dem heutigen Russland, Belarus und der Ukraine. Hier besteht die Notwendigkeit, in die aktuellen Debatten über z.B. die Rolle Russlands im heutigen Europa, die Demokratiedefizite in Belarus oder die Beitrittsbestrebungen der Ukraine, die Perspektive der osteuropäischen Länder stärker einzubeziehen und konstruktiv zu nutzen.

Nach der Änderung der politischen Machtverhältnisse stehen die ukrainische Regierung und die ukrainische Gesellschaft insgesamt vor großen Herausforderungen. Gegenwärtig, aber auch im kommenden Jahr wird sich entscheiden, wie nachhaltig der Sieg der „Orangen Revolution“ ist. Auf der Ebene der politischen Debatten werden Beitrittsbestrebungen der ukrainischen Regierung weiterhin Thema bleiben. Hier sollen die Möglichkeiten zur Unterstützung der Demokratieentwicklung, die sich für die Ukraine aus der „bevorzugten Partnerschaft“ ergeben, diskutiert werden. Darüber hinaus soll die Umsetzung von konkreten Maßnahmen, u.a. durch den Wissenstransfer zwischen der Ukraine und den EU -Staaten praktisch unterstützt werden. Hier sind die Erfahrungen der mitteleuropäischen Gesellschaften in dem Prozess der politischen und wirtschaftlichen Transformation von besonderer Bedeutung.

Die Konsolidierung der Gesellschaft des „jungen“ ukrainischen Staates wird als eine Dauerherausforderung sowohl für die ukrainische(n) Führung(en) wie auch für die BürgerInnen der Ukraine bestehen bleiben. Zudem ist die konstruktive Auseinandersetzung mit den innerukrainischen Widersprüchen, der eigenen und somit auch der Vergangenheit der Nachbarsstaaten, ein wichtiger Faktor für eine zukunftsorientierte Gestaltung der nachbarschaftlichen Beziehungen zu Russland und Polen sowie die Positionierung der Ukraine innerhalb Europas zu sehen.

Der zwanzigste Jahrestag des Reaktorunglücks in Tschernobyl bietet Anlass, nicht nur an die Folgen der Katastrophe zu erinnern sondern

auch die Auseinandersetzung mit den Risiken der Kernenergie zu aktualisieren. Innovative Konzepte und nachhaltige energiepolitische Strategien wie etwa die Anwendung von erneuerbaren Energien und Energiesparmaßnahmen sollen alternativ zur Verwendung der Atomenergie und als mögliche Ansätze zur Lösung der Energieprobleme im europäischen Kontext diskutiert und in den ExpertInnenkreisen weiterentwickelt werden.

Ein Jahr nach der Erweiterung der Europäischen Union besteht innerhalb der Frauenorganisationen aus den neuen und alten EU-Staaten ein wachsendes Interesse an Kooperation und Erfahrungsaustausch: hier wird perspektivisch von Bedeutung sein, welche Koalitionen zur Verbesserung der Situation der Frauen in der Gesellschaft sowohl auf der Ebene der Europäischen Union als auch innerhalb der jeweiligen Länder gebildet werden können. Die konkreten Themenbereiche und Ebenen der Zusammenarbeit werden bereits diskutiert. Seitens der mitteleuropäischen Frauenorganisationen wird ein Bedarf an verstärkter Zusammenarbeit bei der Auswertung der bisherigen Strategien zur Durchsetzung frauen- und genderpolitischer Interessen angemeldet.

Für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Gestaltung der Landwirtschaftspolitik und der Entwicklung der ländlichen Regionen in Europa und in Polen wird es in der nächsten Zeit wichtig sein, den Stellenwert der ländlichen Entwicklung stärker zu diskutieren und zu betonen. Dabei besteht speziell in Bezug auf Polen die Notwendigkeit, die Entwicklung und Umsetzung von innovativen Konzepten im Bereich der ländlichen Entwicklung längerfristig zu unterstützen.